

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

10 (13.1.1913)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkasseler 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postcheckkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalrate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 149 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Best & Cie., Karlsruhe.

Zentrumschriften, Fachabteiler u. Gelbe, eine moderne Dreieinigkeit.

„Sie haben sich an so feindslich... weil sie alle nicht konnten bestehen! Und wollten vor Liebe vergehen“, heißt es zwar im Liebe; das kann man indes von den drei Gruppen der „gewerbesolidarischen“, „wirtschaftsfriedlichen“ Zentrumschriften, Berlin-Trierer Fachabteiler und Gelben nicht sagen. Wohl aber möchten sich die Glieder dieser wesensverwandten Dreieinigkeit gegenseitig am liebsten bis auf die Schwänze aufreissen, wie die Löwen in der Fabel. Der Grund ist abscheulicher Fütterneid; jeder der drei rüden Geiellen hält die beiden anderen für vollkommen überflüssig. Damit haben nun freilich alle drei recht.

Am verächtlichsten und unwilligsten betrugen sich die Zentrumschriften. Die groteske Komödie im Saarrevier ist nun auch wieder zu Ende. Der Streik und die Erkämpfung besserer Löhne wurde als fata morgana vorgepiegelt und dann unter den Bewünschungen der genossenschaftlichen Bergknappen als Dunst weggeblasen. Des Herrn (in Rom) Wille geschehe! Amen!

„Ehe sich die christlichen Gewerkschaften etwas vom Papst vorschreiben lassen, kommt es zu einer Trennung von Rom, sollen „christliche“ Führer bei der Tagung in Dresden — natürlich vorsichtig im Privatgespräch — erklärt haben. Doch hatte sich Giesberts ja lange vorher schon erinnert, daß die konfessionellen Arbeitervereine die „Grundlage der christlichen Gewerkschaften“ seien, er meinte:

„Wenn ein Zusammenarbeiten von Katholiken und Evangelischen, wie es in den christlichen Gewerkschaften geschieht, nach den Lehren unserer heiligen Kirche nicht erlaubt ist, so mag eine allerhöchste Entscheidung es generell verbieten. Man wird in uns gehorame Katholiken finden!“

Inzwischen hat Rom mancherlei geahndet, was den „Christen“ mächtiges Bauchgrimmen verursacht hat. Die Herzen rutschten den Zentrumsbrüdern immer tiefer. Da bin ist die Zeit, wo das Sammelbeden des Zentrums-gewerkschaftschriftentums, die M.-Gladbacher Westdeutsche Arbeiter-Zeitung, in einer Kampfunnummer gegen die Fachabteiler schrieb:

„Nur dann, wenn die Fachabteilungen lediglich als Vorstufe, gleichsam als spezieller Kursus zur Vorbereitung der gewerkschaftlichen Tätigkeit benutzt würden, nur dann wäre diese natürliche Gegnerschaft beseitigt.“

Später waren die „Christen“ froh, als sie noch nebenbei gebildet wurden, bis sie dann durch die sehr unterschiedlichen Antworten des Papstes auf die Ergebnisschreiben und durch die Gewerkschaftszynikla mehr als betäubende Schläge auf den Kopf bekamen. Und M.-Gladbach meinte es doch so „gut“, hieß es ja doch auch in dem „Promemoria“ zum zentrumschriftlichen Gewerkschaftsstreit, das der Kaplan Schöpen in der nun aus dem Buchhandel zurückgezogenen Schrift: „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus“ veröffentlichte:

„Tatsächlich ist M.-Gladbach der Schöpfer und geistige Leiter der (christlichen) Gewerkschaften.“

Die „unbehagliche Stimmung“ auf der Seite der Protestanten, so hieß es weiter, könne „auch bei noch so großem Entgegenkommen in Vergebung der leitenden Stellen zweiten und dritten Rangs“ nicht beseitigt werden.

Dabei wurden die freien Gewerkschaften so stark, daß die „Christen“ schreckgepeitert in einer Angstinummer der M.-Gladbacher Kapitols- und Kapitalswächterin ausriefen:

„Die sozialdemokratische Gewerkschaftsgruppe ist der weitaus stärkste Teil und schickt sich allen Ernstes an, die allein herrschende zu werden... Heute steht die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung wie ein drohendes Ungeheuer vor uns. Und die Zahl ihrer Anhänger und ihr Verhalten allerwegen hämmert es uns tausendfach in die Seele hinein: Wir christlichen Arbeiter haben alles zu verlieren, wenn es uns nicht gelingt, den Riesen neben uns in Schach zu halten!... Immer noch steigt das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen unseren und den sozialdemokratischen Verbänden.“

Das Blatt sprach dann von dem „feigen katholischen Proletariatsdiebstahlertum“, mit rein passiver religiöser Auffassung, für das „Ertragen und Leiden der Anbegriff religiöser Tugend“ feil. Dabei leistet gerade die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung mit ihren Knechteligkeits-epitelen an der Spitze jeder Nummer erkleckliches zur Förderung solcher religiös passiver Lebensauffassung. Zum Beweis zwei Beispiele, obgleich wir eine Masse anführen könnten. In einem der religiösen Artikel hieß es:

„Ist dir selbst vielleicht die Arbeit schon als Fluch erschienen? Hast du selbst gefürchtet über jene Reichen, die in Untätigkeit ihr Leben verbringen? Sie sind zwar nicht zu beneiden, denn die wichtigsten Lebenswerte gehen dem weichen Müßiggänger verloren; aber trotzdem gibt es Menschen genug, welche sie beneiden, welche sich auch ein Müßiggängerdasein wünschen.“

So wird denn glücklich der reiche Tagehieb zum armen Lazarus gemacht, damit „Knecht“ eben „Knecht“ bleiben soll. Direkt organisationsfeindlich ist es, wenn es in einem anderen religiösen Betrachtungsartikel von einem „Einamen“, der „für sich“ sein wollte, hieß:

„Ich will auch für mich mal Freude genießen, nicht immer mit dem großen Haufen rennen, wo man nicht zur Bestimmung kommt.“

Und — siehe da! — der M.-Gladbacher ward auch die „Genugtuung“, daß ihre Knechtsepitelen von dem Blatt der Fachabteiler abgedruckt wurden! Besser konnten die nämlich die Sache auch nicht machen. Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung schrieb sich die Tatsache auf die Haben-Seite und sie nannte den Abdruck eine „erfreuliche Erscheinung“. Hatte ja der Papst befohlen, daß beide Richtungen „neben einander“ arbeiten sollten, und hatten ja die Blätter der Zentrumschriften gelogen, daß sie dies selbst immer so schrecklich gern gewollt hätten! — Wie ist das Nebeneinanderarbeiten denn früher verstanden worden? Durch den „geistigen“ Kampf mit Stuhlweiner und Biergläsern, indem man dem christlich geliebten Mitbruder Menschenfot an die Klinke der Saaltüre schmierte und so weiter!

Doch Rom wachte und sprach immer wieder. Der Pant blieb, aber die Zentrumschriften mußten ihrem Wesen nach immer noch mehr zu den Fachabteiler und den offenen Gelben rutschen. Der Bischof von Baderborn trennte fürsorglich die „praktische Vertretung der wirtschaftlichen Interessen“ von den „höheren“ Interessen, die die katholischen Arbeitervereine wahrzunehmen hätten. So blieben diese im Vorrang vor den christlichen Gewerkschaften. Und wie die „gemeinsame vertrauende Arbeit“ beider Konfessionen in den „christlichen“ Gewerkschaften auszuweisen soll, hat ja der zentrumschriftliche Moralprofessor Dr. Biederlack in seiner Schrift „Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung“ recht anschaulich geschildert. Die Schrift wurde von den christlichen Gewerkschaften für ihre Sache reklamiert. Biederlack empfiehlt die christlichen Gewerkschaften, aber er zieht scharfe Grenzen. Hören wir:

„Da der persönliche Verkehr sich nur auf die gewerkschaftliche Tätigkeit als solche zu beziehen hat, diese aber ihrer Natur nach innerhalb sehr bescheidenen Grenzen hält, so läßt sich nicht sagen, daß die Notwendigkeit dieses Verkehrs die Bildung interkonfessioneller Gewerkschaften oder den Eintritt in dieselben unzulässig macht... Andererseits muß dann aber auch vorgeordnet werden, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften den Katholiken zu keinem weiteren, namentlich zu keinem vertrauten persönlichen Verkehr mit den andersgläubigen Mitgliedern Anlaß geben.“

Also die Gewerkschaftsarbeit soll sich nach dem Willen des Zentrumsgelehrten in sehr bescheidenen Grenzen halten, was ja wohl in der Natur der Zentrumspartei, aber durchaus nicht im Interesse der Arbeiter liegt, und evangelische und katholische Arbeiter dürfen in den Zentrums-gewerkschaften beiseite nicht vertraut miteinander verkehren, sondern müssen sich in gemessener, kalter Entfernung halten! Es braucht ja nicht weiter betont zu werden, daß eine solche Art Gewerkschaftsarbeit nichts Ersprießliches für die Arbeiter bewirken kann.

Nun aber wissen die „Christen“ gar nicht mehr, wie sie der Leffentlichkeit einen Unterschied zwischen ihrer famosen „Gewerbesolidarität“ und der „Wirtschaftsfriedlichkeit“ der Gelben vortäuschen sollen; glauben ja die eigenen Anhänger und Freunde nicht mehr an diesen Unterschied, wie er auch von M.-Gladbach trotz Massenstreik und Massenunruhenstimmungen beim Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier noch kramphast hochgehalten wird. In Massen flohen die Mitglieder der „Christen“ zu den offenen Gelben, die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung mußte sich sogar schon gegen „Fusions“-betreibungen wenden. Da hieß es ahnungsvoll:

„Würden unsere katholischen Arbeitervereine mit den Gelben, auch gegenüber berechtigten Bestrebungen der Arbeiter, zusammengehen, so könnte die Sozialdemokratie wirkungsvoll von einem Zusammengehen von Kirche und Kapital gegen das arme Volk reden. Und manchen würde sie damit für sich und gegen das Christentum und die katholische Kirche gewinnen. Eine reinliche Scheidung ist auch aus diesem Grunde geboten.“

Schau! Schau! was die Sozialdemokratie nicht alles bewirkt. Geradezu tragikomisch ist aber ein fürchterlicher Reinfall von Zentrumsblättern, über den die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung in ihrer Nummer 2 vom 11. Januar dieses Jahres berichtet. Sogar die Zentrumsblätter kennen sich bei der Weisengleichheit der „Christen“ und der „Gelben“ in dem Kuddelmuddel nicht mehr aus. Die offenen Gelben haben im „Verlag nationaler Schriftsteller“ in Essen a. d. Ruhr ein Broschürchen erscheinen lassen: „455 Millionen Arbeitergroßen“. Die sozialdemokratische Presse hat das dumme Machwerk schon erwähnt. Die Gelben haben nun einen Auszug aus der Schrift auch an Zentrumsblätter verschickt und diese haben sich vor den Karren der offenen Gelben spannen lassen. Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung betont mit Recht, was da über „Vergewandung von Arbeitergroßen“ gegen die freien Gewerkschaften gesagt werde. Können mit mehr

oder weniger Recht von jeder Gewerkschaft gesagt werden, „die den Streik als legitime Waffe im Programm“ führe. Und zwar, so fügen wir hinzu, auch dann, wenn diese „legitime Waffe“ fortan die Hauptzeit nur im verfallenen Silberdrank der Christen stehen soll. Das M.-Gladbacher Christenblatt schreibt:

„Während das „Echo der Gegenwart“ in Aachen nur einen Auszug aus dem Reklamezettel der Gelben abdruckte, und am Schlusse (mit wenig Logik allerdings) was die Christen da seit in der Klemme sitzen!!! die christlich-nationale Arbeiterbewegung als auf dem richtigen Wege befindlich empfahl, ließ die „Gelsenkirchener Zeitung“, wohl zur größten Verwunderung ihres Leserkreises, selbst die Stelle stehen, worin es heißt: „Daß die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung auf dem richtigen Wege ist.“

Ja, ja, da soll sich noch ein Zentrumsredakteur aufkennen. M.-Gladbach spricht von einem Kapitalkodex, den die betreffenden Zentrumsblätter geschossen. M.-Gladbach kann aber an dem göttlichen Gerechtigkeit erkennen, wie sehr die Dinge ihre eigene Logik entwickeln, wie die wenig nach dem Willen der Logikzieher fragt, seien es Zentrumschriften, Berliner Fachabteiler oder Werks-gelbe.

Millionen-Geschenke.

Zu den Wunderlichkeiten der preussischen Steuerpolitik gehört die nach der Produktion berechnete Vergewerks-u-er. Diese Steuer wurde im Jahre 1905 außer Geltung gesetzt. Der Staat verzichtete, dem Drängen der Grubenbesitzer nachgebend, auf die Einnahme. Aber es erfolgte keine Aufhebung der Steuer, sie blieb also rechts-wirksam. Manche Leute meinen, das sei geschehen, um damit das faktische Recht des Staates an den Bodenschätzen zum Ausdruck zu bringen. Aber nicht aus staatsrechtlichen Erwägungen war die Aufhebung der Steuer unterblieben, sondern aus Rücksicht auf ein paar Privatpersonen. Aus bismarckischen Zeiten hat sich bei uns die Sonderbarkeit standesherrlicher Privilegien der ehemaligen Reichs-unmittelbaren erhalten. Indem der Staat nur die Steuererhebung aussetzte, blieb das Erhebungsrecht für einige Standesherrn bestehen. Es kommen da hauptsächlich zwei Regalherren in Betracht, in Westfalen der Herzog von Arenberg, in Schlesien Graf Tiele-Winkler. Diese Herren erheben die Bergwerkssteuern, auf die der Staat großmütig verzichtete, lustig weiter. Und da der Bergbau in noch flatter Ausdehnung begriffen ist, steigt auch der Steuerbetrag von Jahr zu Jahr. Dem Herzog von Arenberg erbrachte sie im Jahre 1866 erst 379 M., im Jahre 1911 jedoch 1 480 950 M. In wenigen Jahren wird sie dem Herzoge mindestens 3 Millionen Mark jährlich in den Schoß werfen, denn gerade in „seiner“ Grafschaft Medlinghausen liegt das Schwergewicht der weiteren Ausdehnung des westfälischen Bergbaues. Seit 1866 hat die herzogliche Familie aus den Bergwerksregalen bereits 1 75 Millionen Mark geschluckt. Eine besondere Wikanterie liegt darin, daß der Staat, der selber keine Bergwerkssteuer erhebt, als Bergbautreibender an die privaten Regalherren Steuern bezahlen muß. Die Gesamtsteuer für die Arenberge und der Anteil des Fiskus daran betrug in den letzten drei Jahren:

1909 Fiskus:	124 397 M.	Gesamtsteuer:	1 373 429 M.
1910	156 547 M.		1 427 105 M.
1911	190 188 M.		1 480 950 M.

Für anständige Löhne langts angeblich nicht, aber für Millionengeschenke an ganz überflüssige Herzöge ist reichlich da!

Klerikale Schulforderungen.

Im Großherzogtum Hessen herrscht die Simultanschule. Das ziemlich liberale Schulgesetz vom Jahre 1872 macht die Neugründung von Konfessionsschulen unmöglich und setzt auch die wenigen vorhandenen konfessionellen Schulen auf den Aussterbe-Stat. Nunmehr hat die Regierung eine Reform des Schulgesetzes angekündigt und flugs stellen sich die Ultramontanen mit ihren Schulforderungen ein. Der „Katholische Lehrerbund“, dem auch fast alle katholischen Geistlichen angehören, hat an die Regierung eine Denkschrift gerichtet, in der die klerikalen Forderungen formuliert sind. Um der drohenden „Entchristlichung der Massen“ wirksam entgegenarbeiten zu können, wird „grundsätzlich die Konfessionsschule gefordert“.

Die Begründung arbeitet, um die erforderliche Anglistimmung zu erzielen, mit „Klassenkampf“ und „Revolution“. Es heißt darin:

„Der Geist der Klotmähigkeit bei der heutigen Jugend, den der laue und gleichgültige religiöse Sinn so vieler Eltern nicht mehr zu bannen vermag, entfaltet sich immer mehr und bereitet dem verheerenden Klassenkampf einen günstigen Boden für seine Umsturz-bewegungen gegen politische Autorität. Viele wollen nicht mehr an die kulturbringende, sittenberedende Macht des Evangeliums glauben und fordern die religionslose Schule oder mindestens den konfessionlosen Religionsunterricht. Ingegensatz dieser betrübenden Erscheinung und ersäcrt durch die geschichtliche Tatsache, daß durchweg

jede Revolution aus der Gottlosigkeit der Nation geboren wurde, halten wir mit dem christlich-gläubigen Volke die Frage der Konfessionalität des Religionsunterrichts und auch der Schule besonders wichtig und zeitgemäß.

Die ultramontane Denkschrift fordert dann, nachdem sie auf diese Weise die nötige Stimmung geschaffen, weiter Einführung des Religionsunterrichts für die Fortbildungsschule (soweit man sie überhaupt bestehen lassen will), die Beteiligung der Kirche an der Schulaufsicht durch je einen evangelischen und katholischen Geistlichen, der von der Pfarrgeistlichkeit des Kreises zu wählen ist. Für die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts soll nur die Kirche zuständig sein.

Es muß abgewartet werden, wie diese ultramontanen Schulwünsche auf die mit dem Zentrum zu einer reaktionären „Arbeitsgemeinschaft“ verbundenen Bauernbündler und Nationalliberalen wirken werden. Auf dem vorletzten Katholikentage sagte der Reichstagsabgeordnete Dr. Marx, es bestünde Aussicht, daß es auch in Hessen „besser“ werde. Die Zeit dieser Besserung scheint dem Zentrum jetzt gekommen zu sein.

Der Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaftsbewegung.

Das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Randeszentralen hat soeben durch den Genossen Legien einen Aufruf zur Unterstützung der Gewerkschaften in Serbien und Bulgarien erlassen, damit diesen ermöglicht werde, weiter zu bestehen, ihre Gewerkschaftshäuser, ihre Presse zu erhalten und ferner die vom Kriege hart betroffenen Familien der Mitglieder zu unterstützen. In seiner Begründung des Unterstützungsgeluches weist der Gen. Pawlowitsch-Belgrad darauf hin, daß die Arbeit vieler Jahre verloren sein wird, wenn keine Hilfe kommt. Ungeheure Anforderungen werden gerade jetzt an die Gewerkschaften gestellt, während ihre Einnahmequellen vollständig verstopft sind. Der Gen. Dimitroff, der Sekretär einer bulgarischen Zentrale, berichtet des längeren über die Wirkungen des Krieges. Seine Ausführungen sind für alle Arbeiter lehrreich und seien in Uebersetzung hier wiedergegeben:

„Zu meinem großen Bedauern kann ich wegen der strengen Zensur, die sich auch auf die Privatkorrespondenz ausdehnt, meinen Genossen im Ausland nicht mit jenen Details dienen, die nötig wären, um ein völlig klares Bild über unsere Lage zu geben. Deshalb kann ich auch noch nicht über die Folgen schreiben, die der Krieg den kämpfenden Proletariern auf dem Balkan möglicherweise bringt. Am 30. September wurde die Mobilisierung angeordnet und am 18. Oktober begann der Krieg gegen die Türkei. Wer gedient hatte und noch keine 46 Jahre alt war, mußte sofort ausrücken. Auch jene Rekruten wurden einberufen, die sich sonst erst im nächsten Jahre hätten stellen müssen. Vom männlichen Geschlecht wurden zur Militärdienstleistung nur jene nicht einberufen, die unter 18 Jahren oder zu alt zum arbeiten waren. Die Angestellten und Arbeiter der Post, Telegraphen, Telephonanstalten, der Eisenbahnen und einiger Bergwerke wurden militarisiert, damit sie zur Arbeit gezwungen werden konnten.“

Seit Beginn der Mobilisierung ruht jede Produktion. Nur für die Bedürfnisse der Arme wird noch gearbeitet! Sämtliche Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schmiede, die nicht eingezogen sind, sowie auch Arbeiterinnen (!) sind verpflichtet, in den Werkstätten der Armeelieferungskommissionen ohne Bezahlung, nur für die Post zu arbeiten. . . . In verschiedenen Städten wurden die Lokalitäten der Arbeiterorganisationen ganz einfach in Werkstätten für Militärbehörden, in Magazine und Lazarette umgewandelt.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über Presse- und Privatkorrespondenz (!) angeordnet. Alle Versammlungen wurden verboten, unsere Partei- und Gewerkschaftsblätter von der Behörde suspendiert, damit ja nicht die von den Bürgern gemachte „patriotische“ Stimmung getrübt werde. Unter solchen Umständen ist die alte Tätigkeit un-

erer Gewerkschaften völlig unterbunden. Sie könne ihren Aufgaben um so weniger gerecht werden, als von den 10 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften höchstens 500 — mit Ausnahme der Post usw. Angestellten — zu Hause geblieben sind und die sind arbeits- und verdienstlos.

Den Gewerkschaften fällt jetzt die Aufgabe zu, die Organisierten zu unterstützen sowie jene, deren Männer und Söhne auf das Schlachtfeld gesandt wurden. Unbeschreiblich sind die Verzweiflung, das Elend, in dem unsere Arbeiter und ihre Familien jetzt dahinleben. Dabei wird ihr Los immer härter, sowohl durch die außerordentliche Zerrung aller Lebensmittel wie auch durch den unerbittlichen Winter. Nur einige Angaben, um darzutun, in welcher unmenslicher Art man die Arbeiterfamilien plündert, während ihre Ernährer auf dem Schlachtfelde die Geißelte der Prozentpatronen besorgen und ihr Blut vergießen müssen: Ein Saß Mehl, der vor der Mobilisierung für 20 Fr. (für 75 Kilo) verkauft wurde, kostet heute 35 und 40 Fr. In gleichem Maße stiegen die Preise aller anderen Bedürfnisse. In einzelnen Gemeindevertretungen ist es durch die Intervention der sozialdemokratischen Mitglieder gelungen, einige Geldunterstützungen für die notleidenden Familien zu erwirken. So wurden in Sofia 50 000, in Warna 50 000, in Plovdiv 30 000 Fr. bewilligt. Natürlich sind solche Unterstüzungen völlig ungenügend, schon weil der größte Teil davon gar nicht zu jenen gelangt, für welche das Geld bewilligt wurde.

Die Gewerkschaften sind daher gezwungen, jene Mitglieder und Familien von Mitgliedern selbst zu unterstützen, denen die Gemeinde eine Unterstützung verweigerte. Insgesamt besaßen die Gewerkschaften 30 000 Fr. Das aber war zur Linderung der Not kaum mehr wie ein Tropfen. Ohne Beihilfe der Genossen im Auslande sind wir daher außerstande, unsere Aufgabe weiter zu erfüllen.

Die Notwendigkeit, Geldmittel zu diesen Zwecken zu beschaffen, wird täglich größer, schon darum, weil man auf dem Schlachtfelde Hunderte von solchen Verwundeten aufweist, die Mitglieder unserer Gewerkschaften sind und für die wir etwas tun müssen. Die ärztliche Hilfe, mit der sie bedacht werden, ist absolut ungenügend. Mag der gegenwärtige Krieg enden wie er will, so viel ist jedenfalls sicher, daß unsere Arbeiterbewegung eine außerordentliche Erschütterung erleben und große Opfer bringen muß. In diesen schweren Zeiten und in den über uns kommenden noch schwereren Tagen haben wir nur den einen Trost und die Hoffnung, daß wir auf die mächtige Unterstützung des internationalen Proletariats rechnen dürfen.“

Deutsche Politik.

Belohnung für einen Kriegshelden. Wie das „Militärmoenchblatt“ meldet, ist General der Infanterie von Eichhorn zum Generaloberst befördert. Es ist das jener General, der Ende November auf einem Vierabend in Saarbrücken die kriegerische Rede hielt, in der er die Friedensbestrebungen für ein Verbrechen an unserer deutschen Volk (!) erklärte und kriegerischen Geist für eine höhere Bestimmung und edlere Auffassung! Da die Rede seinerzeit lebhaft kritisiert wurde, so bedeutet die Beförderung des Generals ein gewolltes Bekenntnis zu seinen Aeußerungen.

Noch ein Wartesaal für Adelige. Zu der Meldung der „Westfälischen Rundschau“ „Der Wartesaal für Adelige“ ist zu bemerken, daß auch in Gelnhausen bei Hanau ein Wartesaal 1. Klasse existiert, der nur geöffnet wird, wenn einer der in der Nachbarschaft hausenden Hensburger Fürsten erscheint.

Das Fahnenband. Gegen die Wahl des Genossen Dr. Dskar Cohn in Nordhausen ist bekanntlich ein Protest eingelaufen, in dem u. a. auch darin amtliche Wahlbeeinflussung erklärt wurde, daß der Hauptmann eines Kriegervereins erklärt hatte, wenn Cohn gewählt wird, erhält der Verein das ersehnte Fahnenband, sonst aber nicht. In einem jetzt beim Reichstage eingelaufenen Nachtrag zum Wahlprotokoll wird nun behauptet, das Versprechen sei erfüllt, im September sei das Fah-

nenband von der Behörde dem Kriegerverein verliehen worden.

Kein reichsgesetzliches Schächtverbot. Auf die Anfrage des Antisemiten Dr. Werner (Gießen), ob die Reichsregierung beabsichtige, das Schächten reichsgesetzlich zu verbieten, hat das Reichsjustizamt geantwortet: „Dem Erlasse reichsgesetzlicher Vorschriften über das betäubungslose Töten der Schlachttiere, insbesondere einem reichsgesetzlichen Verbote des Schächtens, stehen grundsätzliche Bedenken entgegen, weil es sich hierbei um Fragen handelt, deren Regelung zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehört. Den gleichen grundsätzlichen Standpunkt hat die Reichsleitung im Jahre 1911 bei Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch gegenüber Anträgen eingenommen, die im Gegensatz zu dem Ziele der vorliegenden Anfrage landesrechtliche Beschränkungen des Schächtens für unzulässig erklärten wollten. Danach wird nicht beabsichtigt, ein reichsgesetzliches Verbot des Schächtens in die Wege zu leiten.“

Deutschland hat die höchsten Getreidepreise. Die Zerrung sei international, in Deutschland kein Ergebnis der agrarischen Wirtschaftspolitik, so argumentieren die Verteidiger unserer nationalen Zollwolverpolitik. Wie unzutreffend jene Behauptung ist, beweist ein Blick auf die Preise an in- und ausländischen Märkten. Nach den im „Reichsanzeiger“ für die vorletzte Dezemberwoche veröffentlichten Uebersichten kostete zum Beispiel ein

	Weizen	Roggen
in Mannheim	223,18 Mk.	188,76 Mk.
in Wien	208,54 „	170,56 „
in Budapest	187,52 „	161,28 „
in Odessa	157,21 „	117,25 „
in Riga	158,38 „	131,22 „
in Paris	222,57 „	194,96 „
in Antwerpen	171,64 „	— „
in Amsterdam	167,44 „	139,90 „
in London	159,66 „	— „
in England (Durchschnitt von 136 Markorten)	139,90 „	— „
in Liverpool	169,29 „	— „

Wir haben, was bemerkt werden mag, für die ausländischen Markorte immer die höchsten Preise eingelezt. Wir stellen selbst das teure Wien und Paris in den Schatten Deutschland — im Getreidemacher voran!

Amlich festgestellte Fleischnot. Aus der im 4. Vierteljahrshefte zur Statistik des deutschen Reiches 1912 veröffentlichten Zusammenstellung des kaiserlichen Statistischen Amtes der im 3. Vierteljahr 1912 beschauten Schlachttiere ergibt sich, daß der Schlachtvieh- und Fleischbesatz unterzogen wurden:

	im 3. Vierteljahr 1912	1911
Pferde und andere Einhufer	37 744	28 461
Rindern	132 711	139 206
Bullen	112 024	118 517
Kühe	416 634	433 321
Zugrinder über drei Monate alt	271 077	304 686
Kälber über drei Monate alt	1 008 385	1 147 744
Schweine	4 226 494	4 987 794
Schafe	779 006	707 616
Ziegen	38 877	47 977
Hunde	1 416	954

Also ein Rückgang der Schlachtungen um rund 7000 Rindern, 1000 Bullen, 17 000 Kühe, 33 000 Zugrinder, 144 000 Kälber und 141 000 Schweine innerhalb eines Vierteljahres von 1911 zu 1912, das heißt, in einer Zeit außergewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwungs! Wie sollte das erst aussehen, wenn wir eine industrielle Depression hätten!

Aus der Wahlprüfungskommission. Die Prüfung der Wahl des Abg. Siebenbürger (Ion) wurde am Freitag fortgesetzt. In 32 Orten wurden die Wählerlisten zu spät ausgelegt, vielfach ist der Wählern nicht gestattet worden, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. Die Wahlsellen waren vielfach völlig ungeeignet. Selbst wenn aber bei allen diesen Verstößen die konservativen Stimmen laßiert worden wären, hätte der Abg. Siebenbürger immer noch die Mehrheit. Deshalb wurde die Wahl für gültig erklärt.

In Wahlkreis Riechow wurde in der Stichwahl der Abg. Haupt (Soz.) mit 15 263 Stimmen gewählt gegen

Die Heimfahrt.

Von Max Werner.

(Schluß.)
V.

Albert stieg mit Moriz hinab zum Probiantraum. Irgendwo in der Nähe drehte sich die große Welle der Schiffsschraube, er hörte den schleifenden Ton jeden Morgen, es klang wie ein unterirdisches Stöhnen und Knirschen. An den ersten Tagen hatte er sich über den klagenden Ton geärgert, jetzt war er ihm ganz vertraut, heute klang er sogar tröstend, ermutigend.

Moriz war heute ausnahmsweise recht zuvorkommend. Auch der Steward hatte eine Feiertagsmiene aufgesetzt, er war bei besser Laune und erzählte, daß er bis Mitternacht bei dem Oberkoch aus der Zwischendecksküche „geknippen“ habe.

Albert ging nach der Badekammer, um sein mühsames Tagewerk zu beginnen. Erstaunt blickte er um sich: der Boden sauber geschrubbt, das Messingzeug funkelte und glitzte, und der breite Streifen an dem Bullenauge strahlte wie lauter Gold. Er lehrte um und erzählte das Wunder dem Steward. Der schmunzelte vergnügt und zeigte auf Moriz.

„Unser Moriz hat dir ein wenig geholfen. Das ist ein patentter Kerl.“

Albert wurde nicht recht klug aus dem Steward. „Gente abend bleibt Moriz in der Messe und schliefst zu“, berichtete der Steward weiter. „Du bist dem Eisbären nicht geräuschlos genug.“

Während winkte er ab, als Albert von seinem Erlebnis in der Kabine des Maschinisten erzählen wollte.

„Ich weiß alles, die kleine Josepha hat mir alles erzählt.“

Albert erwartete gespannt das Erscheinen Schaus. Er kam spät, als die andern Maschinisten schon wieder fort waren, tat, als sei nicht das geringste vorgefallen, war im Gegenteil sehr geschäftig und aufgeräumt und unterhielt sich in freundlicher Weise mit dem Steward.

Albert merkte, daß er von ihm nichts mehr zu befürchten hatte und war froh darüber.

Als er allein mit dem Steward war, erzählte ihm dieser, daß er Moriz ertappt habe und den Burken auf eigene Hand strafe. Auch die Nachtigallen waren auf seiner Seite gewesen. Schaub hatte gestern Abend die Tür verschlossen, Germinie sie aber heimlich wieder entriegelt. Auf diese Weise war es Albert möglich gewesen, den Eis-Maschinisten in der kläglichen Situation zu überraschen. Die Nachtigallen hatten dann dem Wüten das Bersprechen abgenommen, gegen Albert nichts zu unternehmen und so war dieser für den Rest der Reise gesichert. Er war dem Steward für seine tatkräftige Hilfe sehr dankbar und drückte ihm die große unförmliche Hand. . . .

Ein sonniger Tag ging zur Reize. Albert, der jetzt genügend Zeit hatte, war vorn bei den Zwischendeckern und stürzte mit den Nachtigallen. Sie sahen alle drei auf einer Erhöhung, Josepha zur Rechten, Germinie zur Linken von ihm.

„Jetzt sind wir bald daheim“, sagte Josepha und schaute gedankenvoll auf das Meer hinaus.

„Morgen haben wir England, dann ist es nicht mehr weit bis Hamburg“, sagte er, mehr zu sich als zu den Mädchen.

„Ich wollte, die Fahrt dauerte noch zwei Wochen“, seufzte Germinie, „es war zu schön.“

Der Seidenmudd kam die Treppe herunter und machte eine Verbeugung vor der Gruppe.

„Ach, unser Lieblich!“ rief Germinie lächelnd.

Der Seidenmudd sah hierauf nach dem Promenaden-Deck der 1. Kajüte, ob auch kein Beobachter dort sei, und steckte dann den Mädchen einige große Apfelsinen zu. Aus der Brusttasche zog er behutlich ein Paket und überreichte es Germinie.

„Na, das ist g'scheit“, lobte diese. „Ohne Ihre Fürsorge wären wir verhungert. Aber warten, ich bin gleich wieder da.“

Germinie verschwand am Eingang zum Zwischendeck. Ein nahender Schiffsoffizier verdeckte den Seidenmudd. Er arrierte flüchtig und verschwand.

„Wir haben eine Patientin unten“, flüsterte Josepha Albert zu, „die müssen wir jetzt mit durchschleppen. Die bekommt immer einen Teil unserer Lederbissen.“

Albert blickte ihr in die lebensfrohen, dunkeln Augen. „Das ist brav von euch“, lobte er. „Was fehlt denn eurer Patientin?“

„Behlen tut ihr mir“, lachte Josepha schalkhaft, „sie hat eher etwas zu viel.“

„Wieso?“

„Na, sie hat gestern ein kleines Jungel gefriert.“

„Gier an Bord?“ Er fragte es erstaunt und lachte dann selbst über seine Frage. Auch Josepha lachte laut auf.

„Na, wo denn? Oder glaubens, der Storch findet nicht über's Wasser?“

„Ist sie allein? Oder ist ihr Mann bei ihr?“

„Sie ist allein“, erzählte Josepha in erstem Ton und mit teilnahmsvoller Stimme. „Ihr Mann und zwei Kinder sind noch in Brooklyn. Diesen Herbst wollten sie zurück in ihre Heimat, nach Böhmen. Die Frau bekam Angst, daß es zu spät für sie würde, und reiste vorher ab. Es ist aber doch schon zu spät gewesen! Gestern hat ihr der Schiffsarzt einen kleinen Jungen beschert.“

„Na, so was“, lachte Albert vergnügt. „Auf so einem Schiff ist es doch wie in einer kleinen Stadt. Unglücksfälle, Krankheiten, Geburten, Liebesleien, Verlobungen. Es fehlt eigentlich nur noch das Standesamt.“

„Vielleicht wird auf den nächsten neuen Dampfern eins eingerichtet“, scherzte Josepha.

Aus dem Eingang trat jetzt Germinie heraus, hinter ihr ward die weißbeschnürte Stewardess sichtbar, die eben von der Patientin kam.

„Mutter und Kind befinden sich wohl“, berichtete Germinie und schwang sich wieder auf ihren Sitz neben Albert. „So ein liebes kleines Strampel, wie das ist!“

„Denk nur“, meinte Albert, „wenn der Kleine später einmal gefragt wird: Wo bist du geboren? — In der Nähe von England.“

„Auf der „Colorado“ ergänzte Josepha gravitätisch. „Und mer waren deine Paten? Der Seidenmudd, der Eisbär und die Nachtigallen.“

verliehen
Anfrage
Reichs-
zu ver-
Dem Er-
übungs-
reichs-
idylische
gen han-
kstaaten
hat die
Nobelle
nommen.
Anfrage
für unzu-
abständig,
die Wege
Die Leue-
bnis der
die Ver-
die unzu-
auf die
den im
beröffent-

15 266 Stimmen, die auf den früheren Vertreter, Major von Ehren, entfielen. Die Mehrheit betrug also nur 7 Stimmen. Von konservativer Seite ist die Wahl angefochten worden. Die Prüfung der für ungültig erklärten Stimmen führte dazu, daß die Stimmenzahl für Haupt sich auf 15 273 erhöhte, wogegen die konservativen zwei Stimmen gestrichen wurden. Die Verweigerung ergab nun, daß in drei Fällen Armenunterstützungs-Empfänger gewählt hatten. Diese Stimmen mußten dem Sieger abgezogen werden. Wesentlicher war ein anderer Protestpunkt. In der Stadt Mödern hat nicht der Wahlloortsteher, sondern ein Vorkämpfer die Couverts mit den Stimmzetteln in Empfang genommen. Dieser selbe Vorkämpfer hat aber auch die leeren Couverts an die Wähler verabfolgt. Dadurch kam es, daß in einigen Fällen Verwechslungen vorliefen, weil der Vorkämpfer Couverts mit Stimmzetteln, die er nicht sofort in die Urne warf, mit leeren Couverts durcheinanderbrachte. Der Streit drehte sich in der Kommission darum, wie dieses Vorkommnis zu bewerten sei. Der Referent beantragte, den Wahlakt in Mödern zu kassieren. Von anderer Seite wurde der Antrag gestellt, nur die sozialdemokratischen Stimmen zu streichen. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung von acht sozialdemokratischen Stimmen. Die Kommission stimmte schließlich einem Antrag des Zentrums zu, 26 Stimmen dem Sieger in Abzug zu bringen. Damit ist nun vorläufig die Mehrheit für Haupt beseitigt. In der nächsten Sitzung, am Mittwoch, steht noch ein Protestpunkt zur Verhandlung, von dessen Erledigung die Gültigkeit des Mandats abhängt.

Ausland.

Schweiz.
Auszeichnung eines sozialdemokratischen Richters. Unser Genosse Otto Lang in Zürich, Oberrichter, wurde im vorigen Jahre zum Erlaunen aller Spießer zum Präsidenten des Obergerichts gewählt, Genosse Oberichter Dr. von W. zum Vizepräsidenten. Während es nun meist üblich war, die Präsidenten nur für ein Jahr zu wählen, hat jetzt das Richterkollegium des Obergerichts auch für dieses Jahr den Genossen Lang als Präsidenten bestätigt und damit seine hervorragende Eignung für den Posten des höchsten Justizbeamten ausdrücklich anerkannt. Noch bedeutungsvoller wird diese Auszeichnung dadurch, daß Genosse Lang es seinerzeit ausdrücklich abgelehnt hat, in seinem neuen Amte seine Parteitätigkeit aufzugeben oder auch nur einzuschränken, ja, er hat sogar eine Wahl in das Bundesgericht (Reichsgericht) mit dem Bemerkten abgelehnt, keine Lust zu haben, sich durch ein solches Amt der sozialdemokratischen Parteiarbeit zu entfremden.

Kroatien.
Staatslicher Terrorismus. Seit Anfang November schon besteht in Kroatien der Ausnahmezustand, der dem Terrorismus von oben für und vor öffnet. Jede Pressefreiheit hat aufgehört. Die Zeitungen dürfen kaum mehr wie die Bekanntmachungen der Regierung bringen. Täglich finden zahlreiche Ausweisungen statt, die sich besonders gegen die Serben richten. So werden die Unternehmer von der Behörde vielfach aufgefordert, ihre serbischen Arbeiter zu entlassen, damit sie als lästige Ausländer des Landes verwiesen werden können.

Bulgarien.
Das hie Ende kommt nach! Der bulgarische Finanzminister Theodorow teilte dieser Tage auf der Durchreise nach Petersburg in Wien. Bulgarien will nach dem Friedensschluß eine Anleihe von 400 bis 500 Millionen (11 Kronen aufnehmen, wovon bisher 40 Millionen von Frankreich und 20 Millionen von Rußland für die dringendsten Bedürfnisse bereitgestellt sind. Von der neuen Anleihe sollen 200 Millionen für die notwendigen Arbeiten und die Bezahlung der Requisitionen, 100 Millionen für Eisenbahnbauten besorgt für die Übernahme der Verkehrsarbeiten der orientalischen Bahnen in den eroberten Gebieten und der Rest für die Konversion der Verschulde teils für Investitionen verwendet werden. Die bulgarische Regierung will deswegen auch mit deutschen Finanzkreisen verhandeln.

Spanien.
Maura bleibt Führer der Konservativen. Die „Epoca“ veröffentlichte einen Brief Mauras, in dem dieser mitteilt, daß er auf das Drängen seiner Parteigenossen sich entschlossen habe, von neuem die Führerschaft der Konservativen zu übernehmen.

Australien.
Dem australischen Parlamente liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Schaffung einer staatlichen Handelsflotte bezweckt. Die Annahme des Entwurfs scheint gesichert. — Den gesetzlichen Neujahrstag für alle in und für Bergwerke Beschäftigte beschloß das Parlament in Neu-Süd-Wales. — Eine Konferenz der Verbände der Seeleute, Schiffer, Schiffsheizer, Rutscher

ufo. beschloß die Gründung eines Transportarbeiterverbandes für ganz Australien. — Von dem am Streit der Bergleute in Waikato, Neu-Seeland, Beteiligten müssen schon jene 66 ein Jahr Gefängnis abtun, die sich weigerten, Bürgschaften für ihr ferneres „Wohlerhalten“ zu geben. Der Streit, der inzwischen verloren ging, richtete sich auch gegen das staatliche obligatorische Schiedsgerichtswesen. Da sich der neugegründete Gewerkschaftsbund für Neu-Seeland entschieden gegen den Fortbestand der jetzt schon fast 20 Jahre in Kraft befindlichen Gesetze betrug, die gewerblichen Streitigkeiten erklärte, dürfte es in diesem „Land des sozialen Friedens“ bald weitere heftige Arbeiterkämpfe geben. — Das industrielle Bundesschiedsgericht entschied, daß die reguläre Arbeitszeit der Schiffsmannschaften auf acht Stunden innerhalb 24 Stunden nicht überschreiten darf und daß für alle der Dreischichtwechsel einzuführen ist. Diese Entscheidung bedeutet einen ungeheuren Fortschritt für die australischen Seeleute, auf den ihre europäischen Kollegen wohl noch lange werden warten müssen. — Der Arbeiterverband in Victoria beschloß, die Aufnahmeprüfung für neue Mitglieder beizubehalten, die Mitglieder ausländischer Gewerkschaften aber anzuerkennen, wenn sie nicht länger wie einen Monat im Lande bleiben. Andernfalls müssen auch diese sich der Prüfung unterziehen und überretten. — Das Bundesrepräsentantenhaus nahm in letzter Sitzung den Entwurf eines Unfallgesetzes der Arbeiterregierung an, den auch die Bürgerlichen plötzlich als „langst fällig“ bezeichneten. Vor Tisch hieß es anders...

Badische Politik.

Zu der Entlassung von Eisenbahnangestellten
schreibt noch die „N. B. L.“: „Dem Vernehmen nach soll die Eisenbahnverwaltung auch Leuten gekündigt haben, welche zehn und mehr Jahre in ihren Diensten stehen und ein großes Stück ihres Lebens für dieselbe gearbeitet haben. Das jetzige Vorgehen halten wir von Seiten einer Staatsbehörde nicht für gerechtfertigt. Wenn ein Techniker — und hier trifft dies in vielen Fällen zu — die besten Jahre seines Lebens im Dienste des Staates zugebracht hat, sollte man keine Maßregel treffen, ihn ohne weiteres zu entlassen. Vielen der Leute, die von der Kündigung betroffen worden sind, wird es sehr schwer fallen, eine neue Stellung zu finden. Im Bereiche eines so großen Betriebs, wie es die badische Eisenbahnverwaltung ist, bietet sich immer Gelegenheit, solche Leute wieder zu verwenden.“

Wie uns mitgeteilt wird, befinden sich unter den Entlassenen auch ältere Leute, die 50 und mehr Jahre alt sind. Es ist unerhört, solche Leute mir nichts dir nichts auf die Straße zu setzen. Warum entläßt man denn nicht die Schuldigen für die Wirtschaft in der Eisenbahnverwaltung, die jahrelang nicht ans Sparen dachten und wie blind darauf los wirtschafteten? Es wäre wirklich an der Zeit, ganz oben anzufangen zu pensionieren, denn sonst kommt diese Verwaltung nie in ein gutes Gleis. Jetzt müssen immer die Unschuldigen büßen.

Ganz unsere Meinung.

Ueber die Taktik Baders bei den kommenden Landtagswahlen äußerte sich Genosse Weißmann in Freiburg. Die Taktik Baders laufe daraus hinaus, die jetzige Parteienkonfession zu sprengen und das Lebenswerk Baders, die liberal-konservative Herrschaft in Baden aufzurichten. „Diese Pläne zu durchkreuzen, sei die Aufgabe der Sozialdemokratie.“

Wader und das Zentrum rechnen bestimmt damit, daß sie durch die Wiederholung des Pforzheimer und Karlsruher Wirts bei den Reichstagswahlen einen großen Teil der sozialdemokratischen Wähler täuschen und damit die Sozialdemokratie isolieren können. Der Umstand, daß ein Teil unserer Genossen den Verlust der Pforzheimer und Karlsruher Reichstagsmandate dem Großblod zur Last legte, antwortete die Taktik des Zentrums aufs Konto zu legen, hat für Herrn Wader große Hoffnungen für die Landtagswahlen erweckt. Er glaubt damit rechnen zu können, daß bei einer Wiederholung dieser Taktik die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler ihren Führern die Gefolgschaft kündigen und so das Zentrum das letzte Hindernis auf dem Wege zur Eroberung der liberal-konservativen Mehrheit beseitigt. Diese Rechnung hat aber ein großes Loch.

ten die Passagiere schon wieder nach neuem Land aus: das Schiff feuerte auf Frankreichs Küste zu.

In Cherbourg stiegen mehrere Reisende aus, die Schiffskapelle spielte die Marseillaise als Abschiedsgruß. Dann dampfte die „Colorado“ aus dem befestigten Hafen hinaus, der Nordsee zu.

Von Dover funkelten die Lichter herüber, und ein Leuchtturm warf sein weißes strahlendes Licht über die dunkle Wasserfläche. Auf dem Schiffe wurde es allmählich ruhiger, nach und nach verschwand die Reisenden in ihren Abteilen. Schloß und Floß ragten die mächtigen Schornsteine empor, nur die hochgelegenen Kabinen der ersten Klasse waren hell erleuchtet und am Vordermast verbreitete die große Laterne einig Licht. Auf der Schiffsbrücke ging der wachhabende Offizier auf und ab, und aus den Luken des Achterschiffs ertönte eine Ziehharmonika; da unten wurde flott getanzt.

Als Albert am letzten Morgen aufs Deck kam, schaute er auf eine trübe, stürmische See hinaus. Ringsum sprühende, stürzende, kämpfende Wogen. Er sah lange Zeit dem aufgeregten Meere zu; in seinem Innern hatte es auch gekümmert und getobt, heute war er ruhig und zufrieden und fuhr mit guter Hoffnung der alten Heimat zu.

Gegen Mittag zerteilte die Sonne die grauen Wolken und bestrahlte die grünen Wogen der Nordsee. Beim zweiten Feuerlöcher auf der Elbmündung kam der mächtige Passagierdampfer „Amerika“ herangeschraubt. Er war auf der Ausreise nach New York begriffen. Ein lebhaftes Begrüßen begann auf beiden Schiffen, das Lächerlächeln wollte kein Ende nehmen.

Albert sah dem enteilenden Dampfer nach. Dort zogen wieder Laufende hinüber in das Land, das einen alten Ruf von Glück, Reichtum und Freiheit genießt. Der Ruf ist trügerisch: die Freiheit beruht auf Einbildung und den Reichtum erlangen nur wenige. Viele aber von denen, die hoffnungsvoll ausziehen, kehren enttäuscht zurück

— Ende —

Eine impertinente Leistung.
In seinem Referat über die nächsten Landtagswahlen hat Genosse Weißmann in der Freiburger Parteiverammlung u. a. gesagt, wir müßten energisch gegen die staatsbürgerliche Zurücksetzung der Sozialdemokratie im Lande Baden ankämpfen. Dazu bemerkt der „Freiburger Bote“:
Daß sich die Sozialdemokraten in Baden als „Staatsbürger zweiter Klasse“ behandelt fühlen, ist auffallend. Rühmen sie sich doch stets, daß sie im Parlament mit Hilfe der Großblodfreunde alles durchsetzen und freud „Genosse“ v. B. d. m. a. sich doch täuschlich über das Fortschreiten der „großartigen Bewegung“ im Großherzogtum. Mein Liebchen, was willst du noch mehr?
Diese Bemerkungen bedürfen keiner Kritik. Es genügt, sie als Beweis für die Nichtswürdigkeit, mit der die Zentrumspresse den politischen Kampf führt, niedriger zu hängen.

In der Privatklage der Mitglieder des Hauptverbandes des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Berlin, nämlich: 1. Generalleutnant z. D. Eduard v. Liebert in Berlin, 2. Landgerichtsrat Paul Hagemann in Erfurt, 3. Birel, Geh. Rat Billy von Dieffen in Berlin, 4. Landrat a. D. Max Köster in Berlin, 5. Kammerherr von Arnim-Büschow in Pisedom, Udermark, 6. Landgerichtsrat Dr. Eduard Wagner in Dresden, 7. Zeitungsverleger Dr. Friedrich Lange in Berlin, 8. Graf von Arnim-Rußau in Ruschau, 9. Burggraf Carl zu Dohna, Landrat a. D., Schlachtensee bei Berlin, 10. Geh. Ratat Alfred Wandel in Altenburg, 11. Handelskammerpräsident Wilhelm Girich in Essen a. Ruhr, 12. Geh. Kommerzienrat Julius Borster in Köln a. Rhein, Privatkläger, vertreten durch die Rechtsanwälte Justizrat Palm u. Dr. Regula in Garburg, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Pforzheimer Freien Presse“, Herrn Friedrich Schübelin in Pforzheim, beschuldigen, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Franz u. Dr. Girschler in Mannheim, wegen öffentlicher Verleumdung, hat das O. Schöffengericht zu Pforzheim in der Sitzung am 11. Oktober 1912 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von 25 M. — Fünf und zwanzig Mark — sowie zur Kostentragung verurteilt. Die Kläger erhalten die Befugnis, das Urteil auf Kosten des Angeklagten einmal binnen sechs Wochen in der „Pforzheimer Freien Presse“ bekannt zu machen.

B. N. B.
Vorstehende Ausfertigung stimmt mit der Urschrift überein und wird die Vollstreckbarkeit bescheinigt.
Pforzheim, den 4. Januar 1913.
Der Gerichtsschreiber Dr. Amtsgerichts C II.
E. Rehger.

Deutscher Reichstag.
Berlin, 11. Jan.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Lesung der Novelle zu den §§ 74, 75 und 76 des Handelsgesetzbuches über die

Konkurrenzklause der Handlungsgesellen.
Abg. Siebel (Soz.):
Die Regierung ist in einer wichtigen Arbeitnehmerfrage ausschlaggebend gewesen zu Gunsten der Arbeitgeberinteressen. Die Regierung will immer noch nicht eine gleiche Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugeben und sie legt ein größeres Verständnis für die Arbeitgeberinteressen an den Tag als für die Interessen der Handlungsgesellen. Es gehört in der Tat Mut dazu, mit dieser Vorlage vor die Öffentlichkeit und die deutschen Angestellten zu treten. Die Konkurrenzklause muß vollständig fallen, und durch die Frage der Konkurrenzklause vollständig besetzt und durch diese Rechtsprechung ist ja erst der Mißbrauch der Konkurrenzklause eingetreten. Mit der Konkurrenzklause ist der schlimmste Mißbrauch getrieben worden. Ihre Anwendung mußte Empörung hervorrufen und diese Empörung kann nicht beseitigt werden durch eine so schwächliche Vorlage. Im kaufmännischen Betrieb gibt es keine Betriebsgeheimnisse, die durch eine Konkurrenzklause geschützt werden können. Wer Geschäftsgeheimnisse erfahren will, der kann das auf andere Weise tun. Die Konkurrenzklause beschränkt die Freizügigkeit und macht es den Angestellten unmöglich, selbständig zu werden. Der Prinzipal hat in der Konkurrenzklause ein bequemes Mittel, sich die Angestellten gefügig zu machen, denn er weiß, sie kommen nicht los von ihm. Die fortwährenden Wünsche nach Gehaltszulagen sollen unterdrückt werden. Die Notlage des Angestellten wird in jeder Weise ausgenützt. Die Regierung kann wirklich nicht hoffen, daß durch den vorliegenden Entwurf an dem Zustand von heute auch nur das Geringste geändert wird. Die mißbräuchliche Anwendung kann eher noch gesteigert werden. Die vorgeschlagene Entschädigung während der Konkurrenzzeit bedeutet gar keine Schadenshaltung. Die Entschädigung muß das volle Gehalt betragen. Es ist ein unerhörtes Beginnen, einer angeblich modernen Regierung Angestellte hinter schwebende Gardinen bringen zu wollen, wenn sie die Konventionalkonkurrenz nicht bezahlen können. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Das Verbot der Konkurrenzklause muß bedingungslos ausgesprochen werden, und nicht nur für die Handlungsgesellen, sondern für alle Angestellten und Arbeiter. Alle Angestellten sind gleichermäßen interessiert und dieses gleiche Interesse zeigt, wie notwendig ein einheitliches Angestelltenrecht ist. Wir müssen die Gelegenheit benutzen, aus diesem Spezialgesetz ein allgemeines Verbot der Konkurrenzklause zu schaffen. Der Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, bringt keinen Vorteil, er schlägt falsche Bahnen ein und ist ungeeignet, die Mißstände zu beseitigen. Das ganze Gesetz ist wirklich nichts anderes als die durchsichtige Politik der weißen Salbe. Man kann aber fuderverweise die weiße Salbe anfahnen und wird dennoch die Unzufriedenheit unter den Angestellten nicht beseitigen. Die Angestellten wollen kein Geschenk und keine Wohlthaten, sondern nur ihr Recht. Der Gesetzentwurf ist sofort, als er ausgearbeitet war, den Arbeitgeberorganisationen unterbreitet worden, die Angestelltenorganisationen aber ließ man unberücksichtigt. Später hat man zwar auch die Angestellten informiert, aber erst zu einer Zeit, als nichts mehr zu ändern war. Die Kommission wird eine größere Umarbeitung der Vorlage vornehmen müssen. Wir hoffen, daß wir bei unserer Reformarbeit in der Kommission Unterstützung finden bei den anderen Parteien. Dann kann ein Gesetz entstehen, das wirklich eine Besserung der heutigen unhaltbaren Zustände bringen wird. (Beifall.)

Abg. Trimbom (Zentr.): Beschäftigt sind nicht auch die Techniker in diese Vorlage einbezogen worden? Das wäre um so mehr notwendig gewesen, als seit Jahren eine Bewegung nach Einseitigkeit des Angestelltenrechts im Gang ist. Durch die Vorlage wird das Vorhandensein eines Kostensandes von den Regierungen anerkannt. Um uns von der angeblichen Notwendigkeit der Klause, wie sie von den Prinzipalen behauptet wird, zu überzeugen, muß uns noch ein ganz anderes Material beigebracht werden. Die badische Kammer hat sich für die vollkommene Beseitigung der Konkurrenzklause ausgesprochen. Die Kommission wird daneben die Urteile der Rausmanns-

verliehen
Anfrage
Reichs-
zu ver-
Dem Er-
übungs-
reichs-
idylische
gen han-
kstaaten
hat die
Nobelle
nommen.
Anfrage
für unzu-
abständig,
die Wege
Die Leue-
bnis der
die Ver-
die unzu-
auf die
den im
beröffent-
loggen
88.75 M.
17.55
11.26
17.26
31.22
14.96
39.90
ausläu-
d. Wir
Schattenf
Biertel-
12 ver-
Staffli-
Schlach-
schbeschau
hefahr
1911
38 461
139 206
113 517
432 321
304 666
147 744
967 784
1077 616
47 877
964
nd 7000
gründer,
b eines
mer Zeit
Wie
Depref-
der Wahl
tag fort-
ausge-
Einigkeit
a vielfach
Ber-
nen hätte
Beschalt
wahl der
gegen
Josepho
en. Die
Augen.
ist denn
„sie hat
„t.“
d lachte
ant auf.
findet
on und
d zwei
lten sie
bentam
her ab.
hat ihr
o einem
nglich-
lungen.
mpfern
hinter
eben
te Ger-
Albert.
später.
In der
ttätlich,
N. der

gerichte zu prüfen haben. Tatsache ist es, daß weite Handelsfreie, insbesondere große Kleinhandelsbetriebe und auch Warenhäuser auf die Konkurrenzklausei verzichten und gut dabei fahren. Bei der Industrie dürfte es in noch größerem Maße der Fall sein. Die Kommission wird sich noch ernstlich zu fragen haben, ob nicht etwa die Konkurrenzklausei ganz zu beseitigen wäre. Berechtigt wäre sie, wenn sie sich nur auf den Schutz der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse beschränken würde, und zwar auf den Zeitraum von einem Jahr. Die Beschränkung prinzipiell aus der Vorlage herausgelassen werden. Besser wäre es, das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs auszubauen. Jedenfalls hat sich das Gesetz auf die äußersten Fälle zu beschränken. (Weisfall.)

Abg. Thoma (natl.): Wir begrüßen die Vorlage als eine geeignete Grundlage für weitere Arbeiten zur Beseitigung großer Mißstände. Die Vorlage stellt eine stufenweise Besserung des Angestelltenrechts dar. Wir wünschen eine Vereinheitlichung dieses Rechts. Scharf umgrenzte Bestimmungen müssen geschaffen werden, die dem richterlichen Ermessen keinen zu großen Spielraum lassen. Dauernde Belastung des Angestellten wegen Vertragsbruchs halte ich für unbillig; eine einmalige Konventionalstrafe ist durchaus ausreichend.

Abg. v. Reit (dtschl.): Ein völliges Verbot der Konkurrenzklausei wäre bedenklich. Wenn der Prinzipal die Angestellten bei Anwendung der Konkurrenzklausei entschädigen muß, so wird er die Klausei nur anwenden, wenn er ein weittragendes Interesse daran hat.

Abg. Weinhausen (fortschr. Vpl.): Die Regierungsvorlage sucht die goldene Mittelstraße zu beschreiten. Sie will die Klausei nicht in der bisherigen Form aufrecht erhalten, sondern sie aber erheblich ein. Die Weisheit meiner Freunde will nicht ein glattes Verbot der Konkurrenzklausei. Die Gehaltsgrenze muß in das Gesetz hineingearbeitet werden. Dadurch wird die Anwendung der Klausei außerordentlich beschränkt. Eine Geltungsdauer der Klausei von drei Jahren halten wir für zu lang.

Abg. Dombel (Vpl.): Wir streben eine völlige Aufhebung der Klausei an.

Abg. Warmuth (h. l. Parl.): Ich hoffe, daß das Gesetz schließlich noch besser als der Entwurf die Interessen der Angestellten wahrnimmt. Ganz entbehren können wir die Klausei nicht.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Wir möchten die gänzlichliche Beseitigung der Konkurrenzklausei, besonders, da es außerordentlich schwierig ist, zu definieren, was Betriebs- und was Geschäftsgeheimnisse sind.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Wir wollen zu einem Verbot der Konkurrenzklausei kommen. Die Konkurrenzklausei hängt über dem Haupt des Angestellten wie ein Damoklesschwert. Mit der Aufrechterhaltung der Klausei machen Sie den sozialen Fortschritt im Handelsgewerbe so gut wie unmöglich. Man kann den Handlungsgeschäften nicht helfen, ohne den Prinzipalen weh zu tun. In der Kommission werden wir sehen, wie die Zentrumsbanner ihre schönen Worte in die Praxis umsetzen werden.

Abg. Marquart (natl.) spricht ebenfalls gegen die Klausei. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Waldstein (fortschr. Vpl.) geht die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Am Montag 1 Uhr: Jugendgerichte, Etat des Innern.

Generalversammlung des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter.

Im Februar 1909 gegründet, konnte dieser Verband seine erste Generalversammlung vergangene Woche in Berlin schon mit einer repräsentativen Vertretung von 44 Delegierten abhalten. Bei der Wahl der Delegierten war besonders darauf Bedacht genommen worden, daß nur Leute gewählt wurden, die im Beruf tätig sind. Das ist denn auch mit sehr verschwindenden Ausnahmen geschehen.

Bei der Erstattung des Geschäftsberichts verweist der Vorsitzende des Verbandes, Georg Schmidt, auf die schon äußerlich erkennbare erfreuliche Entwicklung des Verbandes. Ende des Jahres 1909 erbt 4061 Mitglieder, zählte der Verband 1910 schon 9564 Mitglieder, 1911 sogar 16 696 und 1912 am Schlusse des 3. Quartals 17 237 Mitglieder. Als besonders erfreulich verzeichnet er, daß der Verband auch in den Gutsböden Eingang gefunden hat; 5717 Gutsarbeiter sind organisiert. Neben 6882 landwirtschaftlichen Arbeitern sind als dritthöchste Gruppe 3730 organisierte Waldarbeiter zu verzeichnen. Zurzeit bestehen 511 Ortsgruppen. Doch die Tätigkeit des Verbandes war nicht nur eine rein agitative. Ein erheblicher Teil seiner Tätigkeit wurde mit Erfolg der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugewandt. Auch durch Einreichung von Petitionen an die Behörden wurde für landliche, Forst- und Waldarbeiter auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hingewirkt.

Bei der Bekämpfung des Verbandes wirken auch die Landwirtschaftskammern in besonderer Weise mit. Im November hat im Abgeordnetenhaus eine Konferenz landwirtschaftlicher Sachverständiger unter Teilnahme von Vertretern der Regierung stattgefunden, die sich mit der Frage beschäftigte, wie die Landarbeiter wohl stärker zu gesellschaftlichen Vereinen, zu Sparkassen usw. heranzuziehen seien, um sie vom Verband abzubringen.

Aus dem Kassenericht ist ersichtlich, daß der Verband in der ersten Geschäftsperiode aus Eintrittsgeldern und Beiträgen 167 546 M. vereinnahmt hat. Unter den Ausgaben sind 17 617 M. für Krankenunterstützung, 4484 M. für Maßregelungsunterstützung und 10 208 M. für Rechtsschutz zu verzeichnen.

Ueber die Rechtsschutttätigkeit des Verbandes berichtet Redakteur Faab: Die Rechtsschutttätigkeit macht dem Vorstand ständig steigende Arbeit. Waren von Juni 1911 bis Juni 1912 nur 671 Rechtsfälle beim Vorstand gemeldet, so sind es seit Juni bis jetzt, also in 6 1/2 Monaten, allein 608 Fälle. In Rechtsfragen gingen allein in einem Monat 340 Briefe beim Vorstand ein. Redner bespricht die materiellen und moralischen Folgen der vom Verband verfolgten Rechtsfragen. Die moralische Wirkung auf die Gutsbesitzer war vielfach die, daß in jenen Gegenden, wo der Verband Prozesse führte, die Rechtsbewegungen der Gutsbesitzer nicht mehr so häufig waren. Rechtsanwalt Dr. S. Rosenfeld zieht hierauf aus der Praxis der von ihm für die Landarbeiter im letzten Jahre geführten etwa 100 Prozesse eine längere Rechtsbelehrung für die Delegierten. Rechtsschutz sei für den Landarbeiter von besonderer Bedeutung. Dem Landarbeiter erwachsen bei der Rechtsverfolgung viel größere Schwierigkeiten als dem städtischen Arbeiter.

Am zweiten Verhandlungstage folgte ein zweistündiges Referat des Redakteurs Faab über: „Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter“. In den 3 1/2 Jahren Tätigkeit des Verbandes hätten die Gegner allerhand Vorschläge gemacht, wie dem Landarbeiter zu helfen sei, nur den wichtigsten Vorschlag: die Rechtsverhältnisse zu verbessern, hätten sie berichtigt. Alle gesetzlichen Bestimmungen seien anscheinend nur von der Ansicht diktiert: Wie macht man es dem Unternehmer leicht, den Arbeiter auszunutzen? Dazu kommt, daß dieses „Recht“ nicht einheitlich ist, sondern in 44 Gesindeordnungen verstreut ist. Und während das Gesinde — was zum Gesinde zählt, ist übrigens selbst unter Rechtsgelehrern sehr verschieden — unter die Gesindeordnung fällt, unterscheiden die landwirtschaftlichen Arbeiter der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Dienstvertrag. Am Einführungsgezet zum B.G.B. ist extra

gezeigt, daß die Bestimmungen der Gesindeordnung unberührt bleiben. Somit geht Rechtsrecht vor Landesrecht, nur im Gesindeverhältnis des Landarbeiters nicht. Das Gesindeverhältnis ist eigentlich nur ein Privatrecht, das leidet ein flüchtiger Blick in die 44 Gesindeordnungen. Dazu kommt aber vor allem, daß nach den Bestimmungen einiger Gesindeordnungen der Herrschaft das mittelbare Vorkaufsrecht zusteht. Zwar wird das von Kommentatoren mit modernen Ansichten bestritten, die Gerichte entscheiden noch heute in dem Sinne. — Diese Gewohnheit des Vorkaufs hat sich denn auch auf die Landarbeiter übertragen. Wenn der Arbeiter dann bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag stellt, nimmt diese stets an, daß der Gutsherr in Notwehr gehandelt habe und lehnt ein Strafverfahren ab. Das würde wie eine Kränkung auf das Vorkaufsrecht. Alle Gesindeordnungen, außer der habsburger, haben Strafbestimmungen. Redner bespricht weiter die Einschränkung des Koalitionsrechts der Landarbeiter und die Verletzung der Verabredung zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen. Auf eine Diskussion wurde in Anbetracht der vorzuziehenden, allgemein sehr befriedigenden Referate verzichtet.

In einem Referat über: „Unser nächster Aufgaben“ gibt der Verbandsvorsitzende Georg Schmidt aus den bei der Agitation und Organisation gemachten Erfahrungen prägnante Anweisungen, wie die so schwierige Agitation und Organisation unter den Landarbeitern mit Erfolg betrieben und in welcher Art Versammlungen für die Mitglieder interessant gestaltet werden können. Für die Öffentlichkeit ist von Interesse, daß Schmidt erklärt, sich gegen einen Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ wenden zu müssen; wenn die Generalversammlung darüber mit Stillschweigen hinwegginge, könnte es sonst den Anschein haben, als ob sie gegen den Artikel nichts einzuwenden hätte. Wenn der Verfasser des Artikels, Arthur Schulz, die Konferenz im Abgeordnetenhaus als eine Zusammenkunft landlicher Organisationen anspreche, so sei schon dagegen Einspruch zu erheben. Auch scheint er der irrtümlichen Auffassung zu huldigen, daß der Landarbeiterverband erst eine Folge der Unternehmerorganisation in der Landwirtschaft war. Der Rat aber, den Schulz gibt, daß der Verband nämlich jede zollgemeinrechtliche Agitation einstellen solle, müsse vom Verband abgelehnt werden, noch mehr aber der weitere Vorschlag Schulz', das Naturlohnprinzip nicht zu verwerfen. Redhabe Püttmann: Wenn Schulz einmal nähere Einsicht in die Rechtsverhältnisse des Verbandes erhalte, würde er sofort erkennen, daß die Naturlohnforderung nur dazu dient, den Landarbeiter um seinen schwer verdienten Lohn zu prellen.

Es folgte die Beratung des Statuts. Dazu referiert Hille-Waageberg, der bemerkt, daß die Erträge mit dem bisherigen Statut den Verbandsvorstand veranlassen, in Gemeinschaft mit den Gauleitern einen ganz neuen Statuten-Entwurf auszuarbeiten und vorzulegen. Viele Ortsgruppen haben ebenfalls Anträge gestellt, die sich überwiegend mit den Unterstützungsleistungen beschäftigen. Der Wunsch nach höheren Unterstützungen sei nur bei einer allgemeinen Erhöhung der Beiträge zu erfüllen, diese aber sei nicht angängig. Der Entwurf sieht eine vierte, höhere Klasse vor, die 1 M. Monatsbeitrag verlangt; die untere Klasse mit monatlich 30 Pf. soll auf 40 Pf. erhöht werden, aber nur für weibliche Mitglieder zugänglich sein. Die zweite und die dritte Beitragsklasse sollen mit 60 und 80 Pf. bestehen bleiben. Auch sind entsprechende Wochenbeiträge zulässig, die der Referent sehr befürwortet. Rechtsschutz soll erst nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft gewährt werden. Das Krankengeld soll nur in der niedrigsten Klasse etwas erhöht und in der vierten Klasse entsprechend dem Beitrag eingeführt werden. Die Ausgaben für diese Unterstützungsleistungen sind bisher stark gestiegen. Maßregelungsunterstützung und Sterbegeld werden wie bisher gezahlt. Auch die Ausgaben für Sterbegeld steigen rapid. Der Verbandsvorstand soll durch einen Beirat erweitert werden.

In der Diskussion über den Statutenentwurf spielt die Frage der Titeländerung des Verbandes eine größere Rolle. Der Vorstand schlägt vor, daß an Stelle des jetzigen langen Titels einfach, wie auch im Sprachgebrauch üblich, gesagt wird: „Deutscher Landarbeiterverband“. Besonders die Delegierten, die Waldarbeiter sind, wünschen, daß in Rücksicht auf die Agitation unter den Waldarbeitern diese im Titel miteinbezogen werden sollen. Unter Hinweis darauf, daß in den Industrieverbänden noch weit mehr Berufsgruppen vertreten sind und diese doch auch nur die Hauptgruppe im Titel benennen und daß ferner das Verbandsorgan auch nur „Der Landarbeiter“ heiße, wird der kurze Titel beschlossen. Der Entwurf des Statutenberichts wird unanversändert angenommen, wobei der einstimmige Beschluß, die untere Beitragsklasse von 30 auf 40 Pf. zu erhöhen, und eine vierte höhere Klasse einzuführen, besonders hervorhört. — Anträge und wiederholt geäußerte Wünsche, die Verbandzeitung alle 14 Tage erscheinen zu lassen, werden auf Anregung des Redakteurs dahin erledigt, daß dem Verbandsvorstand das Recht erteilt wird, den „Landarbeiter“ eventuell vierzehntägig erscheinen zu lassen. — Neue Anträge verlangen die Anstellung weiterer Gauleiter, einen für Ost- und Westpreußen, einen für Nordbayern, einen weiteren für Südwestdeutschland, einen weiteren für Mitteldeutschland. Auch diese Anträge werden dem Vorstand überwiesen.

Der bisherige Vorstand wird einstimmig wiedergewählt. Nach der Wahl des Beirats wird der Antrag, die nächste Generalversammlung in Stuttgart stattfinden zu lassen, abgelehnt; Berlin soll wieder der Tagungsort sein. — Nach einem Schlußwort Redakteurs wird die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Soziale Rundschau.

Die erste Beitragszahlung für die Angestelltenversicherung. Nach dem das Versicherungsgesetz für Angestellte mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten ist, werden die Arbeitgeber erstmalig zum ersten Februar 1913 die fälligen Monatsbeiträge einzuzahlen haben. Die von den Arbeitgebern der Reichsversicherungsanstalt einzuzahlenden Beträge sind die für Angestellte, die bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt werden, angestellten Postkartenordnungen sind bei den Ausgabestellen in Empfang zu nehmen. Mit diesen Formularen wird den Arbeitgebern ein Merkblatt für die Beitragsentrichtung ausgehändigt, in welchem alles nähere ausgeführt ist. Die Beiträge für die Angestelltenversicherung sind von den Arbeitgebern im Wege des Postschuttsverkehrs zu entrichten. In den Einzahlungen sind besondere Zahlkarten auf rotem Papier in rotbraunem Dend zu verwenden, die von der Postanstalt zu beziehen sind. Die Zahlkarten haben auf der Rückseite des Abschnitts einen Vordruck für die Berechnung der fälligen Beiträge. Die Zahlkarten werden von der Postverwaltung hergestellt und in der gleichen Weise wie die blauen Zahlkarten an das Publikum abgegeben. Inhaber von Postkonten können die Beiträge durch Ueberweisung entrichten. Diesen Ueberweisungen sind bei der Ueberweisung an das Postamt besondere Gutschriftzettel beizufügen, die von den Postbedienten an die Kontoinhaber abgegeben werden.

Weiskurze. Am 2. ds. Mts. haben die vom Landesgewerbeamt für dieses Jahr in Aussicht genommenen Weiskurze begonnen. In der Zeit vom 2. bis 4. Januar fand unter Leitung des Anwaltsgeheimerrats Gebreide aus Karlsruhe ein Kurs für Anwaltsgeheimerrats Gebreide aus Karlsruhe vom 6. bis 8. Januar solche für Getreide im Weizen, Roggen und Hafer in Heidelberg statt. Sep-

tere Kurse wurden von Malermeister Siegrist aus Karlsruhe geleitet. Weitere Kurse für Anwaltsgeheimerrats Gebreide aus Karlsruhe und vom 16. bis 17. Januar in Karlsruhe veranstaltet. Ferner findet zurzeit je ein Kurs statt für Maler mit Lebnungen in den neueren Maltechniken, ferner für Mechaniker und Schlosser über die Reparatur von Automobilen. Der Unterricht im Meisterkurs für Maler wird von Malermeister Haag aus Karlsruhe und Malermeister Gerold aus Konstanz und der für Mechaniker und Schlosser von Fahrmeister Sorichter bei den Benzwerken in Mannheim erteilt.

Kinderschuttsgegebung in den Vereinigten Staaten. Nach einem Bericht des nationalen Kinderschuttskomitees wurden im vergangenen Jahre in acht Staaten besondere Kinderschuttsgeetze beschlossen. Einzelne Schutzbestimmungen wurden ferner erlassen in Kentucky, Massachusetts und New-Jersey. Allerdings hapert es mit der Durchführung dieser Gesetze sehr, insbesondere als Kinder besonders in solchen Industrien beschäftigt sind, die hauptsächlich Ausländer, Einwanderer aus den allerärmsten Gegenden Europas umfassen. Nur in 14 Staaten tagten im verflohenen Jahre die Landtage und in allen 14 wurden durch die Initiative des nationalen Kinderschuttskomitees besondere Gesetzentwürfe zum Schutze der Kinder vorgelegt. In Georgia und New-Mexiko wurden diese Entwürfe abgelehnt, in 11 Staaten jedoch mit wenigen Änderungen angenommen. Der Landtag eines Staates (Louisiana) stimmte dagegen einer Verschärfung des bestehenden Gesetzes zu, indem die auf Bühnen beschäftigten Kinder von dem Schutze des Gesetzes ausgenommen wurden.

Aus der Partei.

Genosse Reichstagsabgeordneter Wendel beurlaubte im Mainzer Amtsgericht große Aufregung. Es handelte sich um eine Weidungssache des Maschinenmeisters Deuber von einer chemischen Fabrik in Mainz-Übersingberg gegen den Redakteur Hermann Wendel von der Frankfurter „Volksstimme“. Der Beklagte, der am Montag nicht erschienen war, wurde auf Dienstag nachmittag telefonisch geladen, widrigenfalls Haftbefehl erlassen werde. In der Dienstaussprache ist nun alles verhandelt. Es wird 5 Uhr, 10 Minuten nach 5 Uhr erscheint der Gerichtshof, doch alles harrt vergeblich auf den Angeklagten. Der Rechtsberater des Klägers springt ärgerlich auf und erklärt, so etwas sei ihm in seiner Praxis noch nicht vorgekommen. Ich beantrage sofortigen Haftbefehl und den Angeklagten nötigenfalls aus dem Land zu holen. Micham beschwichtigt der Vorsitzende; da erhebt ein Erlaube mit einem Brief des Angeklagten aus Frankfurt. Dieser erklärt darin, daß er nicht erscheine gemäß § 31 der Reichsgerichtsordnung. Die Eröffnung eines Verfahrens ohne Genehmigung des Reichstages sei gar nicht zulässig. Er beantrage Einstellung des Verfahrens und Erlass der Kosten von 25 Pf. für den Erlaube usw. Unterfächter: „Wendel, Reichstagsabgeordneter.“ — Die langen Gesichter, die es da gab, hätten wir sehen mögen.

Kommunalpolitik.

k. Bürgerauschussung in Singen (Amt Durlach). Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den „Ankauf von 46 Quadratmeter Gartengelände“, mitten im Ort gelegen, zur Aufstellung einer Bräudewage, der Quadratmeter kostet 8 M. Bemerkte sei, daß der Gemeinderat in einer Sitzung, in der unter Vorsitz nicht anwesend war, den Kauf kurzgehandelt abschloß und am gleichen Tage mit dem Auftragnehmern des Plattes begründete; die Wage ist sogar zum Teil schon bestellt. Nun, da nichts mehr zu ändern ist, darf der Bürgerauschuss gehört werden und darf quädelig zustimmen. Eine solche Verhandlung wurde unfernerseits scharf kritisiert und dazu erklärt, daß wir gegen diese Vorlage stimmen werden. Auch von bürgerlicher Seite wurde an diesem Verhalten Kritik geübt. Bei der Abstimmung jedoch fielen etliche Kläglich um. Der Antrag des Gemeinderats wurde dann mit 23 gegen 13 Stimmen angenommen. — Der zweite Punkt betraf den „Ankauf von Geländen zu einem Feldweg im Aöding“. Etwa neun Besitzer von Grundstücken konnten nur auf ihre Aeder gelangen, wenn sie über andere Wege führen. Das gab dann jedesmal Anlaß zu Klagen. Der Antrag des Gemeinderats ging dahin, daß die Besitzer der Grundstücke mit einer Part für die Deckung eines Teils der Kosten beigegeben werden sollen. Von sozialdemokratischer Seite wurde schon vor 6 Jahren beantragt, diesen Bedarf zu befriedigen, was nun endlich durch einstimmige Annahme des gemeinderätlichen Antrags geschah. — Der dritte Punkt „Uebernahme des Schulgeldes auf die Gemeindefasse“ war von uns beantragt. Mit den üblichen Phrasen und Klagen, als ob Verschwendung die Umlage allein bezahlen müßten und der Lebensart: „Die, welche Kinder haben, sollen sie selber bezahlen“ usw., wurde derselbe nun zum viertenmal mit 23 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Wann endlich wird auch hier die Vernunft mal siegen. — Der vierte Punkt war ebenfalls von uns nun schon zum zweitenmale beantragt. Er betraf die „Ausbildung einer zweiten Hebamme auf Kosten der Gemeinde“. Mit 20 gegen 16 wurde diesem Antrag zugestimmt. Die Vorarbeiten im letzten Jahre, bei besonders schweren Fällen, dürften nun auch einige bürgerliche Vertreter von der Notwendigkeit dieser Forderung überzeugt haben. Man sollte es aber kaum für möglich halten, daß Leute, die sich sonst nicht so braun genug aufführen können, die jeden Sonntag in die Kirche und Versammlungen springen und immer von der christlichen Nächstenliebe und davon, daß Kinder eine Gabe Gottes seien, predigen hören, gegen einen solchen Antrag stimmen könnten.

* Ein neues Krankenhaus in Schopfheim. Vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerauschusses stimmte der Gemeinderat dem Ankauf von Baugelände für das neue Krankenhaus im Betrage von 32 000 M. zu.

* Aus dem Gemeinderat in Bretten. Der Gemeinderat hat die Anträge einer von ihm eingesetzten Beamtinnenkommission, welche sich mit einer Petition der städt. Beamtinnen und Bediensteten hinsichtlich der Umänderung des Gehaltsarfs und Erlassung einer Dienstordnung zu beschäftigen hatte, angenommen. Die Angelegenheit wird nun den Bürgerauschuss beschäftigen.

Von der Mannheimer Sparkasse. Während seit langen Jahren die Einlagen in die städtische Sparkasse die Rückzahlungen stets übertrafen, überstiegen nach dem Bericht des statistischen Amtes im November v. J. die Rückzahlungen die Einlagen um 46 843 M. Dabei hatten die Einlagen mit 1,36 Millionen Mark eine Höhe erreicht wie nie zuvor im November.

Städtische Müllverbrennungsanstalt in Chemnitz. Das Stadterordnetenkollegium in Chemnitz beschloß die Errichtung einer städtischen Müllverbrennungsanstalt. Nach dem Vorschlag werden sich die Kosten der Anlage auf etwa 900 000 Mark stellen. Mit den jetzt bestehenden Anlagen in Deutschland wird in der Hauptsache lediglich die Müllverbrennung (also die Müllverwertung) betrieben. Der erzeugte Dampf wird zum großen Teil nicht verwertet und eine Verwertung der Schlacken findet nur in wenigen Anlagen statt. Chemnitz wird durch die Speisung des Elektrizitätswerkes mit Dampfkraft aus der Müllverbrennungsanlage durch die Verwendung der entstehenden Müllschlacke eine Wauerksteinfabrik betreiben. Die Betriebskosten der Anlage dürften sich auf jährlich 242 000 M. belaufen, während man aus der Verwertung des Dampfes und der Schlacken mit einer Einnahme von rund 290 000 M. rechnen kann. Inwieweit würde sich ein jährlicher Zufluß von etwa 20 000 M. erforderlich machen. Aber die Müllbeseitigung ist auf eine einwandfreie Grundlage gestellt.

Die Gasversorgung in Heidelberg. Mit der Ablehnung der Sinnes-Rokerei auf der Rhein am durch den Mannheimer Bürgerausschuß ist auch die Spekulation der U. G. auf Gasversorgung Heidelbergs anscheinend aus der Welt geschafft. Zogend welche Anzeichen des Gegenfalls sind wenigstens nicht mehr in die Erscheinung getreten. Demgemäß tritt die städtische Verwaltung ihrem Projekt der Erstellung eines großen modernen Gaswerks jetzt praktisch näher. Die Vorlage hat bereits die Kommission passiert und dürfte demnächst vom Stadtrat endgültig erledigt werden. Die Kosten dürften eine Million weit übersteigen. Es ist eine Kommission gebildet, welche den Bau des modernen Pforzheimer und eventuell auch des Frankfurter Gaswerks in seinen neuzeitlichen Einrichtungen beaufsichtigen soll. Das Werk muß bis Herbst 1914 betriebsfertig dastehen.

Gewerkschaftliches.

Tarifverhandlungen im deutschen Malergewerbe.

Nachdem am ersten Verhandlungstage die Forderungen zweiseitig ausgetauscht worden waren, von denen die der Unternehmer wesentliche Verschlechterungen gegenüber den jetzigen Bestimmungen des Reichstarifvertrages enthalten und der Gehilfenorganisation das Recht eingeräumt wird, mit anderen Unternehmerorganisationen korporativ besondere Verträge abzuschließen, forderten die Gehilfen am Donnerstag eine bestimmte Erklärung über die Stellung des Arbeitgeberverbandes zur Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Erklärung, welche die Unternehmer gleich nach Eröffnung der Sitzung abgaben, lautet:

„Wir haben die Forderungen der Arbeitnehmer geprüft und sind zu der Überzeugung gelangt, daß auf die Lohnforderungen des freien Verbandes wegen der enormen Höhe (teilweise bis zu 40 Proz.) ein Angebot nicht gemacht werden kann.“

Wenngleich die Forderungen des christlichen und kirchlich-demokratischen Verbandes mäßiger sind, so wird in denselben die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Malergewerbes völlig verkannt, so daß sie die Grundlage für eine Verhandlung ebenfalls nicht bilden können. Es kommt hinzu, daß die Lohnforderungen erst am 8. Januar bei Beginn der Verhandlungen zur Kenntnis gelangt, unsere Mitglieder im Lande auf die Forderungen nicht vorbereitet und die Preisangebote für den größten Teil des folgenden Geschäftsjahres bereits abgegeben sind. Vertragsgemäß hätten die Forderungen um bereits am 15. August zur Kenntnis gebracht werden müßte; wir können unseren Mitgliedern erst die Lohnforderungen vorlegen, wenn der endgültige Wortlaut des Tarifvertrages feststeht, um so mehr, weil in den vorliegenden Anträgen eine Reihe weiterer schwerwiegender finanzieller Belastungen der Arbeitgeber gefordert werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit müßte wir gegenwärtig ablehnen, weil der dadurch hervorgerufene Lohnausfall für die Arbeitnehmer so groß wäre, daß nur durch eine bedeutende Lohnserhöhung ein Ausgleich geschaffen würde. Im Malergewerbe sind zum Teil bedeutend längere Arbeitszeiten; wir können deshalb unseren Mitgliedern, die zum größten Teil in engerer Fühlung mit dem Baugewerbe arbeiten, erst dann eine Verkürzung empfehlen, wenn dasselbe eine einheitliche Arbeitszeitverkürzung eingeführt hat.“

Nach eingehender Beratung beantworteten die Vertreter der Gehilfenorganisationen diese Erklärung wie folgt:

„Aus der Erklärung der Arbeitgeber entnehmen wir, daß sie den Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeiten vollständig ablehnend gegenübersteht. Die von den Arbeitgebern angeführten Gründe können uns von der Forderung auf Lohnserhöhung und Arbeitszeitverkürzung nicht abbringen, vielmehr haben wir die Überzeugung, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse geradezu auf eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeitnehmer im Malergewerbe drängen. Der Einwand der Arbeitgeber, daß die Forderungen bereits am 15. August 1912 von den Arbeitnehmerorganisationen ihnen hätten eingereicht sein müßten, ist tariflich unbegründet. Zur Erfüllung der im § 12 des R. T. V. enthaltenen Bedingung waren wir jederzeit bereit und haben dies auch durch Schreiben Anfang November dem Arbeitgeberverband zur Kenntnis gebracht. Der Erklärung der Arbeitgeber, daß sie die Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohnserhöhung und Arbeitszeitverkürzung ihren Mitgliedern erst unterbreiten können, wenn das Vertragsmuster endgültig feststeht, entnehmen wir, daß sie keine Vollmacht besitzen, über diese Fragen zu verhandeln. Wir betrachten die Festsetzung der zukünftigen Höhe der Löhne und der Dauer der Arbeitszeiten

als so wesentliche Bestandteile des gesamten Vertrages, daß sie nur im Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen geregelt werden kann.“

Damit waren die Verhandlungen in ein kritisches Stadium gelangt. Die Gehilfenvertreter betonten mit Nachdruck, daß ihnen mit einem leeren Tariffschema nicht gedient sei, wenn nicht zugleich im Zusammenhang damit auch über die wichtigsten Tariffragen, die Fragen der Lohnhöhe und der Dauer der Arbeitszeit, abschließend verhandelt würde. Sie hielten jedes weitere Verhandeln für unzulässig, wenn nicht mindestens ein Angebot der Unternehmer über diese Forderungen gemacht werde. Nach langen Auseinandersetzungen gaben die Unternehmer ihren strikte ablehnenden Standpunkt auf und erklärten sich bereit, über tarifliche Lohnserhöhungen zu verhandeln und ihren Mitgliedern solche zu empfehlen. Auch wollen sie für einzelne Orte über Arbeitszeitverkürzung verhandeln und deren Notwendigkeit prüfen. Ferner sollen, dem Antrage der Gehilfenvertreter entsprechend, nunmehr die Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit gleichzeitig und im Zusammenhang mit den übrigen Tarifbestimmungen verhandelt werden.

Hiermit waren die Parteien einverstanden. Die Verhandlungen wurden auf Freitag vertagt.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

— **Stadtratswahl.** Am Samstag von 12—1 Uhr fand die Stadtratswahl statt. Damit haben die städtischen Wahlen ihren Abschluß gefunden. Das Resultat war, wie nicht anders zu erwarten war, 8 Zentrum, 6 Liberale Stadträte. Gewählt wurden auf 6 Jahre vom Zentrum: Friedrich Biebermann, Wilhelm Schöffel, Karl Joh. Schwanninger und Eduard Henmann; von den Liberalen: Ludwig Demmer, Louis März, sowie Louis Vornhauer. Auf 3 Jahre vom Zentrum: Dr. R. Dutenhofer, Josef Grunzel, Josef Frey und M. J. Stoll. Liberale: Karl Hoffmann, Friedrich Boloh und Adolf Strauß. Von 11 Wählerberechtigten haben 108 abgestimmt. Auf der Zentrumssettel entfielen 56 Stimmen, auf den Liberalen 51 Stimmen. 1 Drittel der Liberalen war unglücklich, weil der falsche abgegeben wurde. Die Zusammensetzung unseres Stadtrates ergibt: 80 Zentrum, 42 Liberale, 6 Sozialdemokraten und 2 Konserwativen.

Das Zentrum liebt es bei Wahlen, sich das Mantelchen der „Arbeiterfreunde“ umzuhängen. Diese Wahlen haben aber wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß man die Arbeiter nur als Stimmhirn braucht. Nicht einen einzigen Arbeiter erweist das Stadtratskollegium auf und gerade diesmal wäre es dem Zentrum ein Leichtes gewesen, dem Rechnung zu tragen und auch einen Arbeiter in der Stadtrat zu wählen. Dafür hat man 2 Bäckereibehälter, 3 Handwerksmeister, 1 geistlichen Professor, sowie 1 Landwirt gewählt. Noch nicht einmal als Ersatzmann steht ein Arbeiter auf dem Stettel. Das läßt sich nicht erklären. Gute Seelen sind bei diesen Zentrumsarbeitern, sonst würden sie sich eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen; aber auch für sie ist ja das Bischofswort geprägt: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Die Herren werden die Sache nicht machen.

Rastatt.

— **Noch gut abgelaufen.** Bei dem Niederbühler Bahnübergang wurde ein schweres Unglück noch im letzten Augenblicke abgewendet. Ein verittener Unteroffizier des Artillerie-Regiments Nr. 80 wartete an der geschlossenen Schwärze. Beim Herannahen des Wägenzuges schaute das Pferd und setzte über die Schwärze hinweg. Der Unteroffizier war nicht mehr in der Lage, das wilde Tier zu bändigen, es stürzte auf dem Gleis mit dem Reiter. Zum Glück gelang es durch die Aufmerksamkeit des Zugpersonals, den Wägenzug noch kurz vor dem Gefährten zum Halten zu bringen.

Offenburg.

— **Zur Verhaftung des Agenten Diebold** wird dem „Ortenboten“ noch gemeldet: In Verlin soll sich Diebold in Börsengeschäften vertrieben haben, so daß es fraglich erscheint, ob noch viel von der untergeschlagenen Summe übrig ist. Seine Spur verriet Diebold durch ein mit seiner Frau geführtes Telephongespräch.

— **Todesfall.** Herr Regierungsrat Theodor Fuchslocher in Karlsruhe, Mitglied der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, ist gestern nacht an einem Schlaganfall gestorben. Der Verstorbenen war ein geborener Offizier.

— **Achern, 12. Jan.** Die Direktion des Elektrizitätswerkes gibt bekannt, daß es ihr gelungen ist, die große Dampfmaschine wieder in Betrieb zu setzen und mit dieser den Dreiflamm zur

Verzorgung der Stadt Achern mit Elektrizität zu erzeugen. Diese Mittelstellung wurde hier mit großer Befriedigung aufgenommen.

— **Heidelberg, 12. Jan.** Der erste Schnee. Am Samstagabend trat bei heftigem Schneegestöber ein derartiger Schneefall ein, daß der Schnee ca. 10 Zentimeter hoch zu liegen kam. Das Barometer zeigte 2 Grad unter Null. Die Hoffnungen vieler Stadler wurde jedoch am Sonntag nachmittag wieder insofern gründlich verdröben, daß nach dem Schneefall am Vormittag feiner Regen einsetzte, das Thermometer über Null stieg und das tolle Rauwetter bereits eingetreten ist.

— **Eberbach, 12. Jan.** Der hier angestellte Stenergehilfe Stang, welcher in letzter Zeit an Schwermut litt und zur Erholung beurlaubt war, ist nach einer polizeilichen Meldung in der Rinzig als Leiche gefunden worden. Stang hat offenbar in einem Anfall von Schwermut Selbstmord verübt.

— **Waldkirch, 12. Jan.** Ertrunken. In der Dunkelheit geriet der Witwer Fr. Kern aus der Gemeinde Oberrödenbach vom Wege ab und stürzte hierbei in den Stöckbach, der vom Stadel herabfließt, und ertrank.

— **Schnau i. W., 12. Jan.** Verhaftung. In Akersteg wurde laut „Freie. Tagespost“ der dortige Hauslehrer Danneffer unter dem schweren Verdacht, sich an schulpflichtigen Mädchen vergangen zu haben, verhaftet.

— **Walbshut, 12. Jan.** Im Gemeindegewand von Gündelwangen verunglückte der ledige J. Werne von dort. Mit Holzschleifen beschäftigt, gingen die Ochsen durch und B. wurde eine Strecke weit geschleift und erlitt schwere Verletzungen.

— **Furtwangen, 12. Jan.** Lebensmüde. Im Zustande geistiger Ummachtung hat der hier wohnhafte 64jährige Wittwennbauer L. Hermann seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Floßverkehr auf den badischen Gewässern von 1902 bis 1911.

Eine Statistik, welche nach den Angaben der Hafenbehörden bezug der Floßflitzer angefertigt ist, läßt erkennen, daß der Floßverkehr auf den bad. Gewässern in fortgesetztem Rückgang begriffen ist. Die Statistik umfaßt die Jahre von 1902 bis 1911. In diesem ersten Jahre der Statistik sind von Reich nach 7 Flöße, von Karlsruhe 3 Flöße, von Mannheim 148 Flöße abgegangen. Schon im nächstfolgenden Jahre zeigt der Floßverkehr auf dem Rhein eine erhebliche Abnahme. Von Reich gingen noch 4 Flöße ab, von Mannheim 3, von Mannheim 136. Im Jahre darauf verzeichnet nur noch Mannheim die Ankunft und den Abgang von Flößen; es sind 3 einlaufende und 27 abgehende. Auch diese Zahlen gehen ständig zurück. Von 1906 verzeichnet die Statistik keine einlaufenden Flöße mehr. Abgehende sind es schließlich 1911 nur noch 19.

Auf der Eng wurden im Jahre 1902 noch 4 ankommende Flöße registriert, in all den folgenden Jahren dann keine mehr. Auf der Ragold kommen 1902 6, im nächsten Jahre 3 Flöße an, dann erst 1906 wieder 1 Floß. Die Zahl steigt in den nächsten Jahren auf 6 resp. 7, geht 1909 auf 5 zurück und 1910 und 1911 sind es nur noch je 1 Floß.

Auf dem Redar und im Hafen von Mannheim sind nach im Jahre 1902 226 Flöße angekommen. Im Jahre darauf sind diese Zahl schon auf 461, sie geht 1908 auf 187 zurück und beträgt schließlich 1911 nur noch 117. — Ein gleiches Bild des Rückgangs gibt die Statistik über den Floßverkehr auf dem Main und in den Häfen von Wertheim. Dort sind nach im Jahre 1902 5 Flöße angekommen und 10 Flöße abgegangen. Von 1908, in welchem Jahr noch 1 Floß angekommen und 5 abgegangen sind, hört der Floßverkehr auf.

Landwirtschaftliches.

Die Verbesserung der Bienenzucht. Vom Vorstand des Bad. Landesvereins für Bienenzucht wurde nachstehende Eingabe an sämtliche Bezirksämter gerichtet: Die Viehzählung vom 1. Dezember hat im Großherzogtum Baden 118 485 Bienenzüchter ermittelt. Dem Vereine nach gehören zirka 10 000 Bienenzüchter der Landwirtschaft an. Auch in der Mitte des vorigen Jahrzehnts konnte der Jahresertrag der heimischen Bienenzucht auf über eine Million Mark geschätzt werden, des großen indirekten Nutzens, den die Biene durch Befruchtung der Blüten stiften, nicht zu gedenken. Seit einigen Jahren fallen aber die Honigernten in den meisten Landestellen nur gering aus. Es kommt sogar vielfach vor, daß die Biene nicht einmal so viel Honig eintragen können, als zu ihrem Lebensunterhalt erforderlich ist. Das Jahr 1912 zählt in dieser Beziehung zu den schlechtesten. Dies rührt teils von der Ungunst des Wetters her, teils aber auch von dem Rückgang der Bienenzucht, der in vielen Gegenden beobachtet wird. In Würdigung dieses Umstandes hat das Bezirksamt Verbeulungen an die Gemeindebehörden seines Bezirks zur Verbesserung der Bienenzucht eine Anregung ergehen lassen, die es verdient, auch von den übrigen Bezirksämtern beachtet zu werden. Wir schicken dieselbe in einem Sonderabdruck aus Nr. 12 unseres Vereinsblattes hier an und gestalten uns, die Bitte um ein wohlgefälliges ähnliches Vorgehen im dortigen Bezirk er-

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Neu einstudiert:

„Colberg.“

Historisches Schauspiel in 5 Akten von Paul Hense. In Szene gesetzt von Otto Kienscherf. Das Glüdeskind Paul Hense, das in unstillbarem Schaffensdrang und mit unerlöschlicher Gestaltungskraft bis ins Greisenalter seine üppige Naturgaben nutzbar gemacht hat, ist mit einer fast beispiellosen Vielseitigkeit des Talents in allen poetischen Gattungen heimisch geworden, hat sich in Vers- und Prosa, in Lyrik, Novelle, Roman und Drama, wenn auch mit ungleichem Erfolg, so doch mit derselben Energie betätigt. Einst als „Erbe Goethes“ von Kritik und Publikum emporgeloben, hat er dem Ansturm der Naturalisten standgehalten und ist zum mindesten der anerkannte Meister der deutschen Prosanovelle geblieben. Er selbst hat sich fast noch heiser um die Lorbeeren des Dramatikers bemüht. Auch auf diesem Gebiete entfaltete er eine erstaunliche Fruchtbarkeit und Vielseitigkeit. Schön geformte Kunstverse und berbe Antikreime, vollstimmliche Prosa und eleganter Konversationsstil lösen einander ab. Vielleicht ist gerade diese verwirrende Fülle von Stoffen und Formen, die es schwer macht, zum Zentrum seiner Dichterpersönlichkeit vorzudringen, mit ein Grund, warum sich Hense als Dramatiker nicht recht durchzusetzen vermog. — Die ihm angeborene Abneigung gegen das Hässliche, der in ihm liegende Hang zu Schönheit und Harmonie hindern ihn, tragische Menschenschicksale bis zur äußersten Konsequenz zu verfolgen. So vermischen wir in seinen feinsinnigen und stimmungsvollen Dramen in der Regel das Fortwärtige und Bewingende. Merkwürdigerweise haben sich von ihm gerade einige Werke, die seinem eigentlichen Wesen ziemlich fernliegen, auf der Bühne am besten behauptet: die volkstümlich-nationalen Schauspiele „Hans Lange“ und „Colberg“.

Colbergs Schicksal und seine weltgeschichtliche Bedeutung im Jahre 1806/1807, seine heldenhafte Verteidigung durch Kettler und Major v. Ousefenua dürften wohl noch so manchem aus der Schar der Erinnerung geblieben sein. Wie nun Hense diese geschichtlichen Momente in seinem Schauspiel verarbeitete, möge uns nachfolgende kurze Inhaltsangabe vergegenwärtigen:

Zu den wenigen Festungen, die sich nach der Schlacht bei Jena den Franzosen nicht ergeben haben, gehört Colberg an der Ostsee. Der alte Kommandant hat schon den Rut verloren, die Stadt zu halten, und trägt sich mit dem Gedanken der Uebergabe. Durch die Bürgerwehr, an deren Spitze der alte, wehrere Kettler steht, wird er daran gehindert. Das mutige Mädchen Rosa Blank, Kettlers Tochter, übernimmt es sogar, über die See zum König zu gelangen, um einen anderen Kommandanten zu erbitten. — Nach langer Zeit erscheint dann endlich Ousefenua in Colberg und übernimmt zur Freude der Bürgerwehr den Oberbefehl. Nicht alle stehen zwar zu ihm. Einer seiner Feinde ist Rosas Bruder Heinrich, der es soweit treibt, auf den tapferen Verteidiger der Stadt zu schießen. Nur dem Dienste, den Rosa der guten Sache geleistet hat, verdankt es Heinrich, daß er von Ousefenua begnadigt wird. Fest aber stehen die Anhänger Kettlers, besonders auch der Rektor Pöpel, zu dem neuen Kommandanten. Die Festigkeit der Belagerung nimmt zu. Die Not der Stadt erreicht ihren Höhepunkt. Die Wälle sind kaum noch zu halten, so daß man daran ist, die Frauen und Kinder wegzuschaffen. Da erscheint der reuevolle Heinrich, der Colberg verlassen hatte, mit der Nachricht, daß der Friede zwischen dem König von Preußen und dem Kaiser Napoleon schon geschlossen sei und die Belagerer die Kunde davon nur zurückgehalten hätten, um die Festung noch in ihre Gewalt zu bekommen. So ist Colberg durch die Aufopferung seiner Bürger gerettet.

Das Schauspiel „Colberg“ ist eine Verherrlichung des „d a m a l i g e n“ deutschen Bürgergeistes. Die Wärme der patriotisch-demokratischen Tendenz hilft glücklich über die Schwächen der Handlung hinweg. Denn es ist dem Dichter nicht ganz gelungen, den epischen Charakter des — hauptsächlich aus Kettlers Autobiographie geschöpften — Stoffes zu bewahren. Der Held des Schauspiel ist, ähnlich wie in Schillers „Wilhelm Tell“, nicht sowohl ein einzelner, als die Gesamtheit der Verteidiger Colbergs; aber aus dieser Masse hebt sich eine Anzahl kräftig individualisierter Gestalten heraus. Auch ist der volkstümliche Ton in dem heldenweise durch gereimte deutsche Verse unterbrochenen Romanstil aufs beste gewahrt und die ernsthaften Parteien werden durch leichten Humor geloben.

Ueber die Aufführung selbst, die am Samstagabend bei wesentlicher Neubesezung hier erstmals wieder in Szene trat, folat der ausführliche Bericht in nächster Nummer.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 13. Jan. A. 31. „Ein Waffengang“, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal. Anfang 7 1/2, Ende gegen 10 Uhr.
Dienstag, 14. Jan. B. 30. „Die verkaufte Braut“, komische Oper in 4 Akten von Smetana. Anfang 7 1/2, Ende 10 Uhr.
Donnerstag, 16. Jan. C. 29. „Colberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten von Paul Hense. Anfang 7, Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, 17. Jan. A. 32. „Jar und Zimmermann“, komische Oper in 3 Akten von Lorhing. Anfang 7 1/2, Ende 11 Uhr.
Samstag, 18. Jan. 19. Vorst. auf Ab. Ermäßigte Preise: „Prinzessin Corneschen“, Weihnachtsmärchenkomödie in 5 Akten von Körner. Anfang 4, Ende 7 1/2 Uhr.
Sonntag, 19. Jan. A. 33. „Die Walküre“ in 3 Akten von Rich. Wagner. Anfang 6, Ende nach 11 Uhr.
Montag, 20. Jan. C. 31. Zum erstenmal: „Das Münzerfest“, ein griechisches Scherzspiel von Albert Geiger (Aufführung). Anfang 7 1/2, Ende gegen 10 Uhr.
Mittwoch, 16. Jan. 16. Abonn.-Vorst. Zum erstenmal: „Ein Waffengang“, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal. Anfang 7, Ende gegen 10 Uhr.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Partbuchhandlung bezogen werden.)
Drei neue Flugchriften sind schon im Auftrag des Parteivorstandes im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, erschienen. Während sich die eine betitelt: „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht“, mit den vom Reichsverband angeordneten Prozessen und dem für den Reichsverband blamablen Ausgang beselben befaßt, beschäftigen sich die beiden anderen mit dem Kriege. Die eine führt den Titel: „Krieg dem Kriege“, und gibt einen Auszug aus den Reden, die gelegentlich des Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongresses gehalten wurden. Die zweite führt den Titel: „Die Greuel des Krieges“, und gibt Darstellungen bürgerlicher Journalisten über die grausamen Verwüstungen, die der Balkankrieg angerichtet hat, wieder.
Alle drei Broschüren sind sehr interessant. Sie eignen sich auch besonders zu Massenverbreitungen. Der Einzelpreis beträgt 10 Pfg. Organisationen erhalten bei Massenbezug besondere Preise.

Gerichtszeitung.

* Freiburg i. Br., 10. Jan. Vor der Strafkammer hatte sich ein Fahrradmarter, der vielfach vorbestrafte 36jähr. Tagelöhner J. Wöhler von Reichenau zu verantworten. Der Angeklagte hat schon eine Reihe von Fahrradbstehlen auf dem Gewissen, und dafür Gefängnis- und Zuchthausstrafen erhalten. Er scheint unverbesserlich. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus.

* Mannheim, 10. Jan. Milchfälschung. Der Milchhändler K. Fr. Reinstein, der schon verschiedentlich wegen Milchfälschung mit Geldstrafen bedacht worden war, wurde neuerlich bei einer Milchfälschung erwischt. Diesmal kam der Angeklagte nicht so glimpflich davon. Er wurde samt seiner Ehefrau zu je 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Mühlburg. Es gibt in Bayern Krematorien, nur sind sie noch nicht in Benutzung, das Zentrum erlaubt es nicht, weil nur tote Leichname darin verbrannt werden sollen. Wenn auch lebendige darin verbrannt werden dürften, z. B. die Liberalen und Sozis, da wäre die schwarze Partei gleich mit dabei, zumal sie ja noch eine große Kraxis von früheren Jahrhunderten im Verborgenen hat. — Sie fragen auch, ob ein Prinz verbrannt werden darf? Sind Sie Anarchist? Das wäre doch genau so strafbar wie das Verbrennen irgend eines anderen Menschen. Also Hände weg. Wenn der Prinz aber tot ist, dann kann er sich verbrennen lassen, wenns ihm Spaß macht.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Soz. Verein.) Die nächste Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, 22. Januar statt. 4665
Hüppur. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal unsere Generalversammlung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. (Anträge sind bis Donnerstag, den 16. Januar, an den Vorsitzenden einzureichen.) Baggenu. Der Arbeiter-Gesangverein hält seine Generalversammlung nicht am 18. Januar, sondern am Donnerstag, 16. Januar, ab. Tagesordnung wie bekannt. 4664

Bucherer

empfehlenswert garantiert echt
Fider- 4656

Sauerkraut

schön weiß und lang-schnittig

per Pfd. 7 Pfg.

5 Pfd. 30 Pfg.

vorzügliche, eingemachte abgebrühte

Schneide-Bohnen

Pfd. 15 Pfg.

Bucherer

in sämtlich. Filialen.

Inventur-Verkauf

— bietet Ihnen Gelegenheit —
ausserordentlich billig

einzukufen.

Benützen Sie unsere Angebote!

GESCHWISTER

KNOPF.

Inventur-Verkauf

Die Auswahl ist immer noch eine „unvergleichlich gewaltige“. Man ist also nicht auf die Wahl unter Einzelstücken angewiesen. Das Lager enthält nur „gute echte Pelzarten“ :: :: :: Die herabgesetzten Preise sind an jedem Stück neben dem bisherigen Preis deutlich verzeichnet und bieten einzig in ihrer Art eine selten preiswerte Kaufgelegenheit!

Pelz-Waren

Rabatt von 20 bis zu 50% ermässigt.
Einzelne Modelle sogar bis zu 60% also weit unter der Hälfte des sonstigen Preises.

Ein Posten Knaben-Pelzmützen Serie I Serie II M. 1.- 2.- per Stück.

Ausserdem folgende Extra-Angebote

Ein Posten runder Pelz-Muffen (Wert bis M. 20.-) Serie I Serie II Serie III M. 2.50 4.80 7.50 per Stück.

Elegante Herren-Strassen-Pelzmäntel Mk. 95.- 140.- 190.- 220.-

Damen-Pelz-Mäntel u. Paletots ohne Rücksicht auf den Kostenpreis Seal-Kasin. von 110.- an Seal-Electric von 160.- an Seal-Electric-Bisam v. 400.- an

Damen-Pelz-Tuch-Mäntel schwarz und farbig mit echtem Pelzfutter 80.- und 110.- engl. gemusterter Stoff mit Pelzfutter 60.- u. 90.-

Pelz-Teppiche und Vorlagen echte Bären — Wölfe — Leoparden — diverse Fell-Decken — Angorafelle — Ziegenfelle etc. mit 20% Rabatt.

Gross-Kürschnerie
Wilh. Zeumer
Karlsruhe — Kaiserstrasse 125/127.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die reichen Blumen- und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Kindes

Franzl
sagen allen unseren tiefgefühlten Dank
4660 Franz Wetzler und Frau.

Lehrlinge gesucht

für hier und auswärts und zwar: Gärtner, Goldarbeiter, Kupfer- und Metallarbeiter, Fuß- und Wagenschmiede, Glasinstrumentenmacher, Wagner, Färber, Tapeziere und Dekorateur, Poliermacher, Bau- und Möbelschreiner, Goldschmied, Räder, Bürstenmacher, Bäcker, Konditoren, Metzger, Schneider, Schuhmacher, Friseur, Zimmerleute, Mägenmacher, Anstreicher und Maler, Wagenladierer, Glaser, Kammerfeger, Fotografen, Graveure, Kunstträger, Kellner, Köche, Mobelischreiner. Die Lehrstellen sind teils mit teils ohne Kost und Wohnung. Wo Kost und Wohnung nicht gewährt wird, erhält der Lehrling eine Vergütung.

Lehrstellen suchen:

a. Lehrlinge. Gauschlosser, Maschinenschloßer, Werkzeugmacher, Eisen- und Metallarbeiter, Motorbauer, Sieb- und Drahtflechter, Mechaniker, Feinmechaniker, Elektrotechniker, Optiker, Zahntechniker, Metallschleifer, Sternmacher, Heizungsmonteur, Steinbrücker, Lithographen, Drucker, Schriftsetzer und Buchdrucker, Steinhauer, Maurer, Köche, Kellner, Kaufleute, Zeichner für techn. Büro.
b. Lehrlinge. Kontoristinnen, Verkäuferinnen, Schneiderinnen, Weißnäherinnen, Modistinnen, Blumenbinderinnen. Anmeldungen sind baldmöglichst erbeten an das
4661
Städt. Arbeitsamt Karlsruhe
Jähringerstrasse 100
Männliche Abteilg. Teleph. 629. Weibliche Abteilg. Nr. 949.

Dr. med. Albert Kern

hat sich nach langjähriger Assistententätigkeit im Diakonissenhaus und Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus Karlsruhe als
Spezialarzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe
niedergelassen und übt gemeinsam mit Herrn
Dr. Berberich
Praxis aus. 4605
Karlsruhe
Karlsruhe 66. Telefon 2698.
Sprechstunden: 1/2 bis 1/2 Uhr.
Krankenhausbehandlung üben beide nur im Diakonissenhaus und in Privatklinik aus.

Euger und Filialen

Inserve 4668

6 billige 6 Tage 6

haben heute begonnen und dauern bis einschließl. 18. ds. Mts.

Beste Gelegenheit zum billigen Einkauf.

Euger und Filialen

In Karlsruhe Ecke Marien- u. Angartenstr.

Gelegenheitskauf!

Mehrere Paar engl. Bettstellen mit Kösten und Matratzen, neue und gebrauchte, auch einzeln, (weg. Räumung) billig abzugeben. (Ebenfalls sind 5 gut erhaltene Defen zu verkaufen. 4660
Kaiserallee 45, 2. Stod.

Maskenkostüm „Fantasie“

(Dame) sehr billig zu verkaufen.
Degenfeldstrasse 3 III.

Wolldecken

4448
sind enorm billig abzugeben.

Kaiserstrasse 133

1 Treppe hoch
Eingang Kreuzstr. 5. d. H. Kirche.
Grünwinkel.

Restaur. zur Lokalbahn

(Verkehrslokal der Maschinisten und Geiger). Schönes Lokal, freundl. Nebenzimmer für Vereine u. Korporationen sehr geeignet. Angenehmer Aufenthalt bei Ausflügen zc. ff. Sinner Bier, gute Küche. Keine Welle. Eigene Schlichtung. Herr. Könniger, Metzger und Wirt. 3525

25. März 1891 Verdienst d. Verff. m. Patentartikel für Herren. Neubeitenfabrik 3874
Mittweida-Markterstr. 145.

Grosser Inventur-Ausverkauf

in allen Abteilungen.

Unseren Neubau wollen wir möglichst mit nur neuen Waren eröffnen. Um nun mit alten Waren-Beständen zu räumen, verkaufen wir dieselben nach beendeter Inventur zu enorm billigen Preisen.

Besondere Angebote:

Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Papierwaren.

HERMANN TIETZ

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.



Sonntag, den 19. Januar 1913, abends 8 Uhr im großen Saale der Festhalle große närrische

Masken-Redoute

nach Münchner Art.

Musik gespielt von der vollständ. Kapelle des Gewerkschaftsorchesters.

Eintritt: Saal 1 Mk., Galerie 50 Pfg.
Närrische Kopfbedeckung obligatorisch.



Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben im **Büro des Arbeiterssekretariats** Wilhelmstrasse 47, sämtlichen **Gewerkschaftsbüros**, in der **Expedition des Volksfreund**, sowie in folgenden Lokalen: **Deutschen Eiche**, Augartenstr., **Schaukelberger**, Winterstr. 20, **Auerhahn**, Schützenstr. 58, Cigarrenhandlung **Brehm**, Schützenstr., Cigarrenhandlung **Töpper**, Rippurstr., Restauration zum **Stehwagen**, Kaiserstr. 19 und Zähringerstr. 2, Hutladen **Zenker**, Kaiserstr. 66, Restauration zum **Drachen**, Karl-Wilhelmstrasse, Restauration zur **Krone**, Rintheimerstrasse 2, Restauration zur **Wacht am Rhein**, Gartenstr., Restauration zur **Palme**, Lessingstr., Restauration zum **Saalbau** in Mühlburg, Gasthaus zum **Hirsch** in Mühlburg. 4544



Städtische Festhalle

(Großer Saal).

Dienstag, den 14. Januar 1913, abends halb 9 Uhr,

Volkstümliches

Symphonie-Konzert

ausgeführt von der verstärkten

Kapelle des I. Badischen Leib.-Grenadier-Regiments Nr. 109.

Leitung: Königlicher Musikmeister Bernhagen.

Programm.

- I. Teil.
- Vorspiel zur Oper „Lohengrin“ . . . Wagner.
 - Symphonie Nr. 8 („Eroica“) . . . Beethoven. I. Allegro con brio. II. Marcia funebre (Adagio assai). III. Scherzo (Allegro vivace). IV. Finale (Allegro molto).
- II. Teil.
- Serenade Nr. 2, D-moll für Violoncell und Streichorchester Volkmann. (Solist: Herr Lemnitz).
 - Wallensteins Lager, symphonische Dichtung Smetana.

Stadtpark - Jahreskarten, Kartenhefte und Konzertabonnements haben in diesem Falle keine Gültigkeit.

Preise der Plätze:

(im Vorverkauf vom 10. Januar an, bei den Hofmusikalienhandlungen Fr. Doert, Kaiserstr. 159, Eingang Ritterstrasse, Telefon 2003 (Plätze in der östl. Hälfte des Saales) und Hugo Kuntz Nachfolger, Inhaber Kurt Neufeldt, Kaiserstr. 114, Telefon 1889 (Plätze in der westl. Hälfte des Saales) sowie im Kiosk des Fremdenverkehrsvereins beim Hotel Germania, Telefon 600 (ein Teil der nichtnumerierte Plätze)) numerierter Platz (Saal u. untere Galerie I. Abteilung, Balkon I. Reihe) 80 Pfg., nichtnumerierter Platz 40 Pfg., an der Abendkasse 1 Mk. und 50 Pfg. 4556

Ausführliches Programm mit Erläuterungen zu 10 Pfg. an den Saaleingängen.

An **Zugängen** werden — um 1/8 Uhr — geöffnet (zum Saal und zur oberen Galerie) die beiden Garderobe-Eingänge rechts und links der Festhalle. **Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen.**

Nach dem ersten Teil findet eine größere Pause statt (kaltes Buffet im Bierunnel).

Rauchen nicht gestattet.

CHRIST. OERTEL. KARLSRUHE'S

Kaiserstr. 101/103

GROSSES LAGER.
KAMEELHAARDECKEN,
WOLLEDECKEN,
STEPPEDECKEN,
PIQUEDECKEN,
TÜLL-BETTDECKEN,
SPACHEL-BAND
u. Tüllgardinen



BETTFEDERN,
FLAUM,
ROSSHAAR,
MATRATZENDRELL,
BETTBARCHENT,
LEINEN,
BAUMWOLLTUCH,
DAMASTE etc.

SCHLAFZIMMER-EINRICHTUNGEN JEDER STILART
ÜBERNAHME KOMPLETTER AUSSTEVERN

4528



Arbeitsamt

Gesucht

für sofort und 15. Januar:
Privatköchinnen
Dienstmädchen
Zimmermädchen
Küchenmädchen für Wirtschaft
bei hohem Lohn.

Städtisches Arbeitsamt

(weibl. Arbeitsnachweis)

Zähringerstr. 100. Tel. 949.

Durlacherallee 45, Stb. 3.

ist ein freundl. möbliertes

Zimmer zu vermieten.

Restaurant „Goldener Adler“

Spezialauschank der Brauerei Kammerer.

Jeden Montag und Donnerstag



Schlacht-Tag.

Hochachtend: Ernst Müller.

Kaufe Kleider, getragene Stiefel, Wäsche, Möbel, Pfandscheine, Gebisse, Gold, zahle per Bahn 20 g bis M. 1.50

Frau Pflüger Steinstraße 16, Stb. part.

Extra-Angebot.

Anzüge von 6.— Mk. an, Ueberzieher 3.— sowie Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weißzeug, laufen Sie immer billiger bei

Arnold Schab, Zähringerstr. Nr. 26